

# **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Seite</b>
<b>I. Unsere Haushaltsstrategie</b>	<b>6</b>
<b>II. Grundlegende Projekte: Change<sup>2</sup> und „Kultur – Raum – Stadt“</b>	<b>15</b>
<b>III. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung</b>	<b>21</b>
<b>IV. Urbanität stärken, Menschen gewinnen</b>	<b>23</b>
<b>V. Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze steigern</b>	<b>30</b>
<b>VI. Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten</b>	<b>33</b>
<b>VII. Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein – Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen</b>	<b>35</b>
<b>VIII. Zu den stadtkulturell geprägten und wahrgenommenen Städten gehören</b>	<b>45</b>
<b>IX. Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen</b>	<b>46</b>
<b>X. Dank</b>	<b>48</b>



Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,  
sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Einschätzung von Professor Junkernheinrich, der sich wissenschaftlich mit der Kommunalfinanzierung auseinandersetzt und der hier Referent auf unserer Bürgerversammlung war, war das Haushaltsjahr 2008 das beste der deutschen Kommunen nach dem 2. Weltkrieg, das Haushaltsjahr 2009 werde wohl das schlechteste Haushaltsjahr. Gravierender kann ein Umschwung nicht sein. Entsprechend sind wir, wie alle Kommunen, insbesondere die Großstädte, in einer besonderen Situation. Die Anforderungen an die Verwaltung und den Gemeinderat in dieser Situation sind sehr hoch. Der schnell ausgesprochene Satz „alles soll auf den Prüfstand“ verlangt in kurzer Zeit die Auseinandersetzung mit einer Fülle von Themen und Vorschlägen. Hierbei müssen wir rasch zu Entscheidungen kommen oder zumindest die Richtung vorgeben. An diese ist aber auch ein hoher konzeptioneller Anspruch zu richten, geht es doch darum, auch nachhaltig vertretbare Weichenstellungen vorzunehmen. Verwaltung und Gemeinderat sind darüber hinaus gefordert, jetzt und in den nächsten Jahren schwierige, teilweise schmerzhaft Entscheidungen zu treffen und diese Entscheidungen einer Öffentlichkeit zu vermitteln. Der letzte Haushalt ist von einer breiten Mehrheit getragen worden. Dies ist ungleich schwerer in einer solchen Situation, in der der Reiz groß ist, letztlich keine Verantwortung übernehmen zu müssen für Verschuldung und Vermögensverzehr, für schmerzhaft Einnahmeerhöhungen, Ausgabenkürzungen und auch strittige Ausgaben. Ich setze darauf, dass wie in der Vergangenheit eine große Mehrheit des Gemeinderats einen echten Gestaltungsanspruch hat. Und in diesem Gestaltungsanspruch liegt untrennbar auch der Wille zur Verantwortung. Das ist das Wesen kommunaler Selbstverwaltung, wie ich es in meiner Antrittsrede am 15. September 2007 ausgeführt habe.

Parteitaktische Positionierungen, wie wir sie im Ansatz jetzt im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen hatten, dürfen die Bereitschaft zu einem sachbezogenen Dialog und die Bereitschaft zu gemeinsam zu tragenden Ergebnissen zu kommen, nicht mindern. Sie sind im Übrigen viel weniger relevant und in der Öffentlichkeit wahrgenommen als wir selbst glauben. Was aber wahrgenommen würde, wäre der mit großer

Mehrheit gefasste Beschluss, für Mannheim in dieser nicht lokal verursachten Krise einen Weg in die Zukunft zu weisen.

Was sind die Anforderungen aus meiner Sicht an diesen Doppelhaushalt und damit an unser gemeinsames Handeln in der Krise?

Meine Antwort darauf ist eindeutig: Wir können auch in der Krise nicht darauf verzichten, die Stadt weiter voranzubringen. Unser Auftrag lautet, die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern. Die Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf den Wirtschaftsstandort, auf den Wohnstandort, auf eine Verbesserung der sozialen Integration. Stagnation oder Rückschritt können wir uns tatsächlich nicht leisten.

Die Krise ist insofern auch eine Chance. Sie zwingt uns noch stringenter und noch entschiedener zu handeln. Wir haben weniger Ressourcen für das, was man „Wertentwicklung“ nennen könnte, also das, was unmittelbar positiv und damit „wertsteigernd“ für die Öffentlichkeit wirkt. Das heißt, wir müssen noch mehr auf Zielgenauigkeit und Qualität achten, bei dem was wir tun. Das gleiche gilt dafür, wie wir es tun. Und wir müssen bei all unserem Tun darauf achten, dass wir damit möglichst weitere Ressourcen erschließen und weiteres Engagement aktivieren – der Bürgerschaft, der Wirtschaft, des Landes oder anderer Institutionen.

Um die Zielgenauigkeit und Qualität zu steigern, brauchen wir die Vision, die klar definierten Ziele, den genau beschriebenen Weg – wie immer Sie das nennen wollen. Dies heißt, es werden Ziele und Strategie nicht weniger wichtig, im Gegenteil – sie werden wichtiger. Wer sagt, für eine zukunftsgerichtete Strategie haben wir jetzt keine Ressourcen, verzichtet auf das, was jetzt am wichtigsten ist.

Darin liegt die Bedeutung der Projekte Change<sup>2</sup> und Kulturhauptstadt. Der eine Prozess dient im Wesentlichen dazu, der Verwaltung Ziele bewusst zu machen und das Alltagsverhalten auf Ziele auszurichten, der andere Prozess dient dazu, gemeinsam mit der Bevölkerung und den vielen anderen Akteuren eine Vision zu beschreiben und sie für einen gemeinsamen Weg zu begeistern und zu aktivieren.

Wer nicht in der Lage ist, sich für etwas zu begeistern, der kann auch keine Krise

bestehen: Gefragt sind jetzt Führung und Begeisterungsfähigkeit. Dies ist nach meiner Erfahrung auch die Erwartung der Bürgerschaft, die sich mit dieser Stadt identifiziert. In welchem Ausmaß beides gelingt – das hängt auch ab vom Handeln dieses Gemeinderats. Die Bedeutung des Handelns des Gemeinderats liegt nicht alleine in seinen Beschlüssen, sondern auch in der Art, wie sie herbeigeführt werden und wie er selbst sie vertritt. Der Gemeinderat ist verantwortlicher Akteur und nicht Zuschauer, der Haltungsnoten vergibt.

Die kommunikative Herausforderung ist deshalb besonders groß, weil wir – wie beim Autorennen – in dichtem Wechsel Gaspedal und Bremse nahezu gleichzeitig bedienen. Dies ist erforderlich, um in der Spur zu bleiben. Bremsen allein würde gerade bedeuten, die Stadt nicht mehr voranzubringen. Dosierte Gasgeben – an den richtigen Stellen beschleunigen – dies ist die Philosophie des von uns eingebrachten Haushalts.

Meine Damen und Herren des Gemeinderats, ich weiß auch, dass wir Ihnen im Tempo der Entscheidungen bereits viel zugemutet haben und sich diese Zumutung in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter steigern wird. Allein im Haushaltsstrukturprogramm sprechen wir über mehr als 60 Themen, bei denen ein erheblicher Teil einen hohen Anspruch an die Entwicklung von Konzeptionen stellt.

Diese Anforderung trifft nicht nur Sie, sie trifft auch die Verwaltung. Die Gesamtzahl der Mitarbeiter, die sich mit den Fragen des Haushalts und eines Haushaltsstrukturprogramms befasst hat, ist nicht größer als die der Mitglieder des Gemeinderats. Und auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihr „Alltagsgeschäft“. Lassen Sie uns das, was in den letzten Wochen insbesondere zum Thema Haushaltsstrukturkonzept für die nächsten vier Jahre an Vorschlägen erarbeitet wurde, konstruktiv miteinander besprechen und entscheiden. Alternativlos und nicht diskutabel ist für mich nur eines: die Gesamtsumme der vorgesehenen dauerhaften Einnahmeverbesserungen und Ausgabenreduzierungen darf nicht verringert werden. Gehen wir gemeinsam ans Werk.

## **Die finanzielle Situation und ihre Ursachen**

Vor der Darstellung des Haushalts muss in Kürze noch einmal auf die Ursachen unserer finanziellen Situation eingegangen werden. Ohne eine zutreffende Analyse sind auch die auf die Herausforderungen gegebenen Antworten fragwürdig. Zunächst einmal sind wir konfrontiert mit nicht mehr und nicht weniger als den Auswirkungen der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Der unmittelbare volkswirtschaftliche Einbruch war sogar noch größer, allein die entschlossene Reaktion der Staaten und in ihrem Gefolge aller öffentlichen Hände hat bislang dazu geführt, dass aus dieser Weltwirtschaftskrise keine Depression wurde. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt sich insbesondere auf der Einnahmenseite nieder. Wir haben jedoch auch gravierende Auswirkungen auf unsere Ausgabenseite. Lassen Sie es mich so formulieren: Im Gegensatz zur Situation in einem Wirtschaftsunternehmen geht bei uns die Nachfrage in der Krise nicht zurück, im Gegenteil führt die Krise sogar zu einer Steigerung der Nachfrage nach unseren Leistungen. Das heißt, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht auseinander. Die Einnahmeausfälle fallen mit über 50 Millionen Euro in 2010 und über 60 Millionen Euro in 2011 bei Gewerbe- und Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen besonders deutlich aus. Derartige Ausfälle sind in der Geschichte der städtischen Haushaltswirtschaft einmalig.

In der mittelfristigen Betrachtung haben wir es jedoch nicht nur mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun, sondern auch mit den Strukturproblemen großstädtischer Haushalte. Diese langfristigen Entwicklungen werden jetzt noch einmal verschärft bzw. können noch schwerer bekämpft werden. Auf diese langfristigen Entwicklungen habe ich auch in den letzten Haushaltsberatungen, die unter völlig anderen Vorzeichen standen, hingewiesen. Ich habe damals gesagt: „Abzusehen ist jedoch, dass wir strukturell noch über keine ausreichenden laufenden Einnahmen verfügen, um die sozialen Anforderungen und die Notwendigkeiten als Zentrum der Metropolregion so erfüllen zu können, dass eine ausreichende Investitionskraft verbleibt“. Die überdurchschnittlichen, aber auch erforderlichen Ausgaben für unsere Zentralitätsfunktion liegen auf der Hand. Die Ausgabendynamik bei den Kosten der Unterkunft, der Sozialhilfe im Alter, der Eingliederungshilfe und der Erziehungshilfe habe ich oft dargestellt. Zu den finanziellen Rahmenbedingungen wird Ihnen der Erste Bürgermeister, Kollege Christian Specht, entsprechende Zahlenwerte vortragen.

Betrachten wir die langfristigen Trends, so wird deutlich, dass selbst ein radikaler, die Infrastruktur der Stadt Mannheim schwer schädigender Sparkurs, die Ausgabendynamik nicht kompensieren könnte. Diese Erfahrung ist bereits in zahlreichen deutschen Großstädten unmittelbar nachzuvollziehen.

Zur Beschreibung der Ausgangslage gehört zudem, dass Mannheim eine wirtschaftsstarke und zumindest im Bereich der Gewerbesteuer steuerstarke Stadt ist, der auch in der weiteren Perspektive eine starke Position zugeschrieben wird, auch wenn sich dies durch die starke Exportabhängigkeit wie für Baden-Württemberg insgesamt in den nächsten zwei bis drei Jahren etwas relativieren wird. Unterdurchschnittlich ist die Kaufkraft, überdurchschnittlich sind die besonderen sozialen Problemlagen. Überspitzt ausgedrückt: Der in Mannheim erzeugte Reichtum wird durch in Saldo mehr als 70.000 „Auspendler“ exportiert.

Zur Betrachtung der finanziellen Situation gehört auch, dass nicht alle Risiken in Haushalt und mittelfristiger Finanzplanung abgebildet sind. Diese Risiken ergeben sich zum einen aus der in Folge der Weltwirtschaftskrise dramatisch hohen Prognoseunsicherheit. Den Haushaltseinnahmezahlen liegt ein zwar von schwachem Niveau kommendes, aber doch regelmäßiges und stabiles Wirtschaftswachstum zugrunde, wie es auch für die Steuerschätzung für November 2009 angenommen wurde. Auch für die darauf basierenden Finanzausgleichssysteme werden Annahmen mit bisher nicht gekannten Ausschlägen nach oben und unten formuliert. Weitere Risiken ergeben sich aus politischen Entscheidungen. Hier sind zunächst einmal weitere Steuererleichterungen zu nennen. Das zum Zeitpunkt der Drucklegung des Haushalts noch nicht beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird voraussichtlich zu Verschlechterungen auf der Einnahmenseite führen. Eine Regionalisierung ist allerdings seriös kaum vorzunehmen.

Besonders gravierend ist auf der Ausgabenseite das Risiko auf dem Arbeitsmarkt. Hier wird die Konjunkturkrise zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen führen. Unkalkulierbar und möglicherweise dramatisch sind die Folgen einer möglichen Auflösung der Jobcenter.

Die Trennung der Jobcenter in zwei Behörden mitten in der Konjunkturkrise ist für die arbeitssuchenden Menschen ein Skandal. Und sie ist für die Kommunen verwaltungsorganisatorisch und finanziell eine unzumutbare Belastung und letztlich auch ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Künftig soll es wieder zwei Anträge, zwei Bescheide, zwei Zahlungen, zwei EDV-Systeme, doppelte Aktenführung, doppelte Widerspruchssachbearbeitung und doppelte Unterhaltsprüfungen geben. Es wird also ein erheblicher Verwaltungsmehraufwand notwendig werden, wenn die Bundesregierung ihre Pläne umsetzt. Positive Effekte der angestrebten Neuregelung sind keine erkennbar.

Das finanzielle Risiko der Stadt Mannheim, das durch einen geringeren Einfluss auf die arbeitsmarktlichen Programme, den höheren Verwaltungsaufwand, geringere Integrationen und höhere Zugänge entsteht, kann sich im zweistelligen Millionenbereich bewegen.

Ich appelliere daher an die Bundesregierung und an unsere Bundestagsabgeordneten, Vernunft walten zu lassen und das erfolgreiche Modell der Arbeitsgemeinschaften durch eine Verfassungsänderung abzusichern. Es geht hier nicht um eine Frage der Grundrechte, sondern lediglich um eine verwaltungsorganisatorische Fragestellung, die pragmatisch und sachgerecht gelöst werden sollte. Es ist nicht einsehbar, warum der Steuerzahler erhebliche Mehrausgaben für Bund und Kommunen hinnehmen soll, wenn der Beweis erbracht ist, dass effektive Hilfe in einer Mischverwaltung kostengünstiger zu organisieren ist.

## **I. Unsere Haushaltsstrategie**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise betrifft alle kommunalen Haushalte. Zugleich hat das Verhalten aller Kommunen wiederum Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb haben wir uns „im Geleitzug“ mit Bund und Land, und letztlich sogar im Rahmen der internationalen Gemeinschaft, im Jahr 2009 dafür entschieden, keine Einsparprogramme durchzuführen. Mit dem Konjunkturprogramm werden wir im Gegenteil einen Höchststand von Investitionen realisieren.



Für die kommenden Jahre sind wir zugleich gefordert, finanzpolitisch und volkswirtschaftlich verantwortlich den Haushalt zu gestalten. Die Herausforderung dabei ist gewaltig. Durch die insbesondere in der Krise steigenden Ausgaben und die dramatisch sinkenden Einnahmen verschlechtert sich unsere Finanzplanung im Vergleich zu den bisherigen Annahmen um 354 Millionen Euro. Darauf wollen wir auch mit einem Vier-Jahres-Plan reagieren. Dabei dürfen wir keinesfalls das aus dem Auge verlieren, was ich in den „Leitlinien 2007 – 2015“ dargelegt habe und seither versuche, in der Praxis umzusetzen: Wir dürfen keine isolierte Finanzpolitik betreiben, sondern können unsere strukturellen Finanzprobleme als Stadt Mannheim nur lösen, wenn wir die soziale Integration verstärken, für Bildungsgerechtigkeit sorgen, qualifizierte Menschen für Mannheim gewinnen und die positive Wirtschaftsdynamik stützen. Gerade in der Krise ist die Verfolgung dieser strategischen Ziele unverzichtbar. Dafür müssen wir weiter investieren. Dies ist nach wie vor der erste Punkt der Finanzstrategie. So sind im Vermögenshaushalt für Fortsetzungsmaßnahmen 97 Millionen Euro in 2010 und 63 Millionen Euro in 2011 vorgesehen. Für neue Maßnahmen sind 15 Millionen Euro in 2010 und nahezu 33 Millionen Euro in 2011 etatisiert. Die Haushaltsverschlechterungen wollen wir dadurch auffangen, dass wir zu ca. einem Drittel dies über Neuverschuldung abfangen, ca. ein Drittel wird über Rücklage und Vermögensverkäufe bewältigt werden können, ein Drittel müssen Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen bringen. Dabei werden wir am Anfang des Vier-Jahres-Planes überwiegend auf Verschuldung und Vermögen setzen, am Ende auf die Strukturverbesserungen des laufenden Haushalts. Mit dieser Strategie sehen wir uns auch in Übereinstimmung mit dem, was der Sachverständigenrat in seinem Gutachten „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“ der Bundesregierung empfohlen hat. Diese Strategie ist zum einen wirtschaftspolitisch sinnvoll, zum anderen ist die Situation auch gar nicht anders zu bewältigen, da kurzfristig die notwendigen Budgetreduzierungen gar nicht zu realisieren wären. Wir legen Ihnen für die Budgetreduzierung ein „Haushaltsstrukturprogramm 2013“ auf, das Verbesserungen von knapp 22 Millionen Euro im Jahr ab 2013 vorsieht.

Soweit sich die Konjunktur stabilisiert und die Regierung die Situation der Kommunen nicht durch politische Entscheidungen weiter verschlechtert, ist es mit diesen Ansätzen bis 2013 wieder möglich zu einem Haushalt zu kommen, der wie

gesetzlich gefordert eine ausreichende Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt ausweist.

Aus all dem Gesagten ergibt sich, dass wir auf keines der folgenden Handlungsfelder verzichten können:

1. Schrittweise Strukturverbesserungen des Haushalts (Organisationsänderungen, Leistungskürzungen, Veränderungen der kommunalen Infrastruktur und Steuerungs- und Eingliederungseffekte bei sozialen Ausgaben)

Da dieses Strukturprogramm erst schrittweise wirksam wird, haben wir parallel eine sich abbauende globale Minderausgabe im Bereich Personal in Höhe von 3,5 Millionen Euro für 2010, 2,5 Millionen Euro für 2011 und 2 Millionen Euro für 2012 vorgesehen. Für Tarifsteigerungen in den Jahren 2010 und 2011 sind jeweils Mehrausgaben in Höhe von einem Prozent der Personalausgaben vorgesehen. Bei einem deutlichen Mehr wird dies den Einsparungsdruck noch einmal erhöhen. Das ist keine Drohung, sondern eine Tatsache.

Die Personalausgabensteigerungen in 2010/2011 ergeben sich im Übrigen ganz überwiegend aus Tarif- und Besoldungserhöhungen der abgelaufenen Jahre 2008 und 2009 sowie dem vorgesehenen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder. Ersteres erschwert die Nachvollziehbarkeit der Haushaltsentwicklung, da die zum Vergleich aufgeführten Haushaltsansätze 2009, die ja aus 2007 stammen, an vielen Stellen nicht mehr der Realität entsprechen.

Wir werden die anstehenden Wiederbesetzungen nicht pauschal mit einer Sperre belegen. Wiederbesetzungen werden aber jeweils Anlass sein, Aufgaben und Strukturen in Ergänzung zum Haushaltsstrukturprogramm zu betrachten.

Bei der von einigen geführten Debatte über die Personalausgaben wird oft vergessen, dass unsere Mitarbeiterschaft nicht einfach ein Kostenfaktor ist. Die Kompetenz und die Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vielmehr die Basis unserer Zukunftsfähigkeit. Die Bindung von jüngeren qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Stadtverwal-

tung ist eine Herausforderung der nächsten Zeit. Wir haben zu Recht eine Ausbildungsinitiative gestartet. Während noch im Jahr 2006 stadtweit insgesamt 44 neue Ausbildungsverhältnisse eingegangen wurden, konnten im Jahr 2009 insgesamt 97 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Das werden wir 2010 so fortsetzen, zumal nicht sicher gestellt ist, dass wir ausreichend Personal in der Zukunft gewinnen können. Wir haben ein umfassendes Ausbildungsmarketing betrieben und konnten allein im letzten Jahr die Bewerbungszahlen von rund 1.000 auf rund 1.500 steigern. Und natürlich wollen wir möglichst eine hohe Übernahmequote erreichen. Im Jahr 2010 beendet der erste zahlenmäßig stark erhöhte Ausbildungsjahrgang seine Ausbildung bzw. sein Studium und startet in seine berufliche Zukunft bei der Stadt Mannheim. Hier gilt es, den bei der Stadt Mannheim ausgebildeten, qualifizierten Nachwuchskräften Chancen aufzuzeigen. Darauf zu verzichten ist nicht nachhaltig, auch wenn es die Vorlage für manchen pauschalen und „populären“ Parteienbeitrag gegen Personalkosten aus dem Gemeinderat liefert.

Das Haushaltsstrukturprogramm wurde erstellt auf Basis der Vorschläge der Fachbereichsleitungen. Bei diesem Programm wurde die Budgetminderung in die unternehmerische Verantwortung der Fachbereichsleitung gestellt. Mit einem solchen Ansatz verträgt sich eine zentralistische „Rasenmähevorgabe“ auf bestimmte Ausgabenpositionen nicht. Deshalb wird der Ansatz der globalen Minderausgabe mit dem Anstieg der Wirksamkeit des Haushaltsstrukturprogramms zurückgefahren.

Mit dem Haushaltsstrukturprogramm unternehmen wir den Versuch, möglichst so Einsparungen vorzunehmen, dass wir unsere strategischen Ziele nicht beschädigen. In der Art der Umsetzung wollen wir möglichst auch positiv gestaltende Aspekte aufnehmen, was natürlich mehr Zeit und Aufwand bedeutet. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern:

Natürlich kann man die kurzfristige Schließung eines Freibades vorschlagen. Wenn es keine anderweitige, überzeugende Perspektive für das Gelände gibt, hätten wir dann jedoch einfach einen Verlust an Lebensqualität und Identifikation und zumeist auch einen Ort bürgerschaftlichen Engagements verloren.

Wir schlagen vor, gemeinsam Konzepte für eine bürgerschaftliche Träger-schaft zu entwickeln. Mit der Überlegung, dies in Sandhofen mit der Umwandlung in ein Naturbad zu verbinden, ergeben sich folgende Perspektiven: Er-sparnis von Energie sowie Chemikalien- und Technik-Einsatz und Verzicht auf technische Neu-Investitionen in siebenstelliger Höhe. Wenn ein solches Na-turbad von der Bevölkerung getragen wird, können wir mit einem für den Haushalt deutlich geringeren Aufwand als bisher, ein verändertes, aber in Teil-en, z.B. bei den Jahresöffnungszeiten sogar attraktiveres und ökologischeres Angebot erhalten und bürgerschaftliche Strukturen stärken.

Angesichts der Dimensionen, die an Strukturverbesserungen erreicht werden müssen, ist kein Bereich ausgespart. Auch innerhalb wachsender Bereiche müssen an anderer Stelle Reduktionen vorgenommen werden. Selbstver-ständlich versuchen wir durch zahlreiche Maßnahmen Einsparungen vorzu-nehmen, die nicht unmittelbar nach außen wirken und die Bevölkerung treffen, da geht es um

- die Reduzierung des Aufwands für das Jobticket,
  - die Reduzierung des Aufwands für die Gemeinschaftsverpflegung,
  - Umorganisation und Personalabbau in Querschnittsbereichen,
  - Umstrukturierung bei der Telefonzentrale,
  - Druckerkonzepte,
  - Änderungen bei Versicherungen und der Rechnungsprüfung,
  - schnellerer Abbau des Modernisierungsaufwands bei Change<sup>2</sup>
- usw.

Aber natürlich werden auch die Bürgerinnen und Bürger in einem erheblichen Umfang Änderungen erleben. Dabei geht es um Belastungen und Leistungs-reduktion, aber auch an vielen Stellen um ein anderes Angebot und ein ande-res Handeln:

- Wir wollen eine Stellenbörse im Konzern Stadt Mannheim für SGB II-Bezieher einrichten.

- Wir werden unsere kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen auf Transferleistungsbezieher konzentrieren und Vergaben an die Beschäftigung von Arbeitnehmern aus dem Leistungsbereich SGB II koppeln.
- Wir wollen die Beratungsleistungen der Schuldnerberatung auf die Bereiche konzentrieren und damit reduzieren, in denen wir einen tatsächlichen Effekt erzielen.
- Auch andere Beratungsleistungen, insbesondere die Suchthilfe, schlagen wir vor, sie entsprechend zu überprüfen und anzupassen.
- Wir wollen eine andere Finanzierung und eventuell auch eine Kapazitätsanpassung bei Frauenhausplätzen, soweit wir diese Leistungen für die Region vorhalten.
- Wir müssen bei der Finanzierung der Pflege über die Sozialhilfe im Alter Höchstbeträge für Heimkosten festlegen. Das führt zu einer Einschränkung des Wahlrechts, aber nicht zu einer Einschränkung der Qualität.
- Wir schlagen vor, wie bei den weiterführenden Schulen einen Eigenanteil bei der Schülerbeförderung für Grundschüler einzuführen, deren Eltern sich für eine Schule außerhalb ihres Schulbezirks entschieden haben.
- Wir wollen Schulstandorte und andere Standorte städtischer Infrastruktur aufgeben und umwandeln.
- Bei den Verpflegungskosten in der Betreuung wollen wir eine Anpassung der Gebühren des Fachbereichs Bildung an die des Jugendamts vornehmen.
- Wir schlagen vor, auch die Jugendhäuser in den nächsten vier Jahren an den Personalstand Jugendtreffs anzupassen und entsprechend veränderte Nutzungs- und Betriebskonzepte vor Ort zu entwickeln.
- Wir müssen zu umfassenden Veränderungen der Gebührenstrukturen im Betreuungsbereich und auch zu Erhöhungen kommen.
- Wir wollen die Qualität bei Einzelfallentscheidungen bei der Beurteilung seelischer Behinderungen sichern und hier besser steuern.
- Wir wollen eine Fallrevision mit Schwerpunkt Heimerziehungsfälle bei der Erziehungshilfe einführen und dadurch Einsparungen erzielen.
- Wir wollen durch einen Fachdienst mit mehr Einzelfallsteuerung und mehr ambulanten Hilfen Einsparungen bei der Eingliederungshilfe erzielen.

- Wir werden den Parallelbetrieb Hallenbäder/Freibäder und die Beckenbeheizung in den Freibädern außer Herzogenriedbad entfallen lassen.
- Wir werden mangels sinnvoller Perspektive das Hallenbad Seckenheim zur Schließung vorschlagen.
- Und wir sehen eine Vielzahl von Budgetreduktionen z.B. bei Kulturinstitutionen vor, die allesamt aber so dimensioniert sind, dass wir meinen, dass sie ohne strukturelle Schädigung umgesetzt werden können.

## 2. Erhöhung der Einnahmen

Im Hinblick auf die erhebliche Unterdeckung sind auch Steuererhöhungen unvermeidbar. Vor dem Hintergrund der noch aktuell auf die Unternehmen einwirkenden Wirtschaftskrise haben wir auf einen Erhöhungsvorschlag für die Gewerbesteuer verzichtet. Die Grundsteuer erscheint uns demgegenüber als vertretbare Belastung, die zu 44% die Wirtschaft und zu 56% die Bevölkerung insgesamt betrifft. Wir bewegen uns mit dieser Entscheidung in einem Umfeld ähnlicher Reaktionen in vielen Städten. So ist eine Grundsteuererhöhung für Ludwigshafen angekündigt und eine Grundsteuererhöhung von 400 auf 520 Punkte in Stuttgart vom Gemeinderat beschlossen worden. Wir schlagen Ihnen vor, den Hebesatz von 400 auf 450 Punkte anzuheben.

In der mittelfristigen Finanzplanung ab 2012 haben wir bei der Gewerbesteuer wieder Einnahmesteigerungen zugrunde gelegt, die entweder durch eine Steueranpassung oder bei sehr gutem konjunkturellem Verlauf auch ohne Steuererhöhungen erzielbar sind. Wir haben Ihnen eine Gewerbesteuererhöhung zu diesem Doppelhaushalt nicht vorgeschlagen, weil wir dies in der aktuellen Krise konjunkturpolitisch für falsch halten.

In den Einnahmen ist ebenso ein erhöhter Beitrag unserer städtischen Unternehmen mit zugrunde gelegt. Die MVV GmbH hat in den letzten zwei Jahren einen Gewinnvortrag von 14,1 Millionen Euro erwirtschaftet. Wir wollen hier eine schrittweise Gewinnausschüttung vornehmen. Dies setzt voraus, dass wir den Weg der Kostenentlastung und Effizienzsteigerung bei der MVV GmbH und ihren Tochtergesellschaften fortsetzen. (Im Bereich der MVV-

Gesellschaften wurden umfangreiche Anpassungen vorgenommen: Die MVV GmbH wurde aus ihrer engen Verbindung zur MVV Energie AG gelöst, die Kostenstruktur verbessert. MVV Verkehr und MVV OEG werden verschmolzen und in die Rechtsform der GmbH umgewandelt; beide Aufsichtsräte mit bisher zusammen 30 Mitgliedern werden praktisch entfallen, wie dies bereits bei der RHE geschehen ist.) Bei der GBG ist eine maßvolle Eigenkapitalverzinsung von weniger als 2% als Ausschüttung etatisiert worden. Bei den nicht kostendeckenden Gebühren ist ebenfalls eine Anpassung unabweisbar.

### 3. Einsatz von Vermögen

Die Haushaltsjahre 2010 und 2011 werden in besonderer Weise über den Einsatz der Rücklage gestaltet. Darüber hinaus sind erhebliche Grundstückserlöse dadurch geplant, dass wir kommunale Infrastruktur für die Wohnungsbauentwicklung in Mannheim nutzbar machen wollen. Damit werden nicht nur finanzpolitische, sondern zugleich auch wichtige strukturpolitische Ziele verfolgt. Der Haushalt sieht keine Unternehmens- bzw. Aktienverkäufe vor. Dies hat nichts damit zu tun, dass wir Dinge als „Schonvermögen“ einordnen, sondern ist eine Frage, welche Folgen daraus langfristig, auch finanzpolitisch entstehen. Im Hinblick auf einen Aktienverkauf bei der MVV Energie AG sind zwei Dinge zu beachten, nämlich die erstens nach wie vor große Dynamik auf dem Markt im Hinblick auf neue Unternehmenskonfigurationen. Andererseits führt ein Aktienverkauf unmittelbar zu Dividendenausfall und zu einer Unterfinanzierung im Verkehrsbereich. Der Ertrag aus dem Aktienverkauf wiederum kann nur zu 85% an die Stadt Mannheim ausgeschüttet werden. Eine dauerhafte Haushaltsentlastung findet somit nicht oder kaum statt. Allenfalls könnte der Ertrag für eine Stabilisierung der Investitionsfähigkeit dienen. Ein solches Erfordernis besteht derzeit jedoch nicht.

### 4. Verschuldung

Sollen die begonnenen bzw. durchgeplanten Maßnahmen fortgesetzt werden, was wir für erforderlich halten, so ergibt sich daraus ein Neuverschuldungsbedarf von rund 77 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Der Verschul-

densabbau der letzten drei Jahre in Höhe von 73,6 Millionen Euro ist damit wieder aufgezehrt. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Verschuldung von 20 bzw. 10 Millionen Euro vorgesehen. Nicht berücksichtigt ist bei dieser Betrachtung, dass wir bei den so genannten kreditähnlichen Rechtsgeschäften einen weiteren Abbau vornehmen. Von der Nettoneuverschuldung abzuziehen ist eigentlich die Rückführung der Verschuldung aus dem Vorgang Sparkasse, der seit dem Jahr 2008 mit knapp 6,5 Millionen Euro im Jahr zu Buche schlägt. Auch in diesem Doppelhaushalt werden dafür knapp 13 Millionen Euro getilgt. In der Gesamtverschuldungsbetrachtung liegen wir damit auch am Ende des Jahres 2011 noch mit über 15 Millionen Euro unter dem Stand des Jahres 2006. Dies gilt auch für das Ende der mittelfristigen Finanzplanung.

Mit Blick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts ist folgende Feststellung wichtig: die höchstmögliche Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Bauausgaben wird nicht erreicht. Die Kreditfinanzierungsquote in 2010 und 2011 beträgt bei diesen Entwurfszahlen 64,0 v. H. bzw. 73,3 v. H.

Lassen Sie mich abschließend zu dieser Globalbetrachtung des Haushalts sagen, dass die im Wesentlichen bestimmenden Faktoren für diesen Haushalt nicht kommunalpolitisch gesetzt sind. Und lassen Sie uns gemeinsam auch nicht den Eindruck erwecken, dass es anders wäre.

Wer dauerhaft die kommunale Selbstverwaltung erhalten will, muss die Kommunen unterstützen. Dabei ist das Problem der Kommunalfinanzierung nicht die Gewerbesteuer. Das Problem der Kommunalfinanzierung ist die strukturelle Überforderung der deutschen Großstädte mit den sozialen Lasten. Für diese Ausgabendynamik muss eine Lösung bzw. ein Ausgleich auch zwischen den Kommunen gefunden werden.

Die pauschale Verweigerung, sich mit den Problemen der Kommunen ernsthaft auseinanderzusetzen, ist aus meiner Sicht nicht länger hinzunehmen. Ein kurzfristig wirksames Programm zur Stabilisierung der Investitionstätigkeit, das am Kriterium der sozialen Belastung verteilt würde, könnte bereits mit einem Volumen von den 8,5 Milliarden Euro im Jahr, die durch das sog. Wachstums-



beschleunigungsgesetz in Anspruch genommen werden, große Wirkung entfalten. Dies hätte auch konjunkturpolitisch mehr Effekt. Wenn man dann erleben muss, dass für 2,9 Milliarden Euro pro Jahr ein gesellschaftspolitisch nicht nur wirkungsloses, sondern uns in den Großstädten schädigendes Betreuungsgeld auf den Weg gebracht wird, fehlt einem jedes Verständnis.

Gerade Krisenzeiten brauchen starke Kommunen. Kommunale Selbstverwaltung ist transparent. Sie sichert die Akzeptanz unseres demokratischen Systems. Im internationalen Vergleich hat Deutschland viele Bürokratiekosten, die erzeugt werden durch die komplexe Bürokratie von Bund, Ländern, Mittelbehörden, Finanzausgleichsbeziehungen, der Verwaltung von Zuschussprogrammen und so weiter und so fort. Hierauf kann nur mehr Selbstverwaltung die Antwort sein, nicht weniger. Bei aller divergenten Auseinandersetzung hier im Rat lassen Sie uns diese Dimension, die letztendlich für unser Land entscheidend sein wird und die derzeit nicht angegangen wird, nicht aus den Augen verlieren.

## **II. Grundlegende Projekte: Change<sup>2</sup> und „Kultur – Raum – Stadt“**

In der Krise rücken zwei Grundaufgaben kommunaler Politik, die auch international immer stärker als entscheidend erkannt werden, noch mehr ins Zentrum:

1. Politik und Verwaltung auf die richtigen Ziele auszurichten und zu konzentrieren und
2. Bürgerschaft und sonstige Akteure zu aktivieren.

Es gibt zwei Projekte, die dafür stehen und besonders geeignet sind: der Veränderungsprozess Change<sup>2</sup> und das Projekt Kulturhauptstadt bzw. „Kultur – Raum – Stadt“. Die Umsetzung dieser Projekte sind Erfolgsfaktoren.

Schon vor meinem Amtsantritt habe ich drei notwendige, grundlegende Veränderungen in der Kommunalpolitik beschrieben:

- a. Die Auflösung des Spartendenkens, also die Verfolgung unserer Ziele über die Grenzen von Dezernaten, Fachbereichen und Ausschüssen hinweg.

- b. Die Beteiligung der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Veränderungsprozessen.
- c. Die Festlegung von Ergebnissen und das Messen des Erfolgs unserer Kommunalpolitik.

Das Projekt habe ich auch so immer wieder dargestellt. Es hat – im Gegensatz zur Fragestellung einer heute aufgelegten Anfrage – gerade nicht als Erfolgskriterium die Zahl eingesparter Stellen oder unmittelbarer Effizienzsteigerungen. Das Ziel ist tatsächlich, zu effektiverem Handeln durch eine Veränderung der Arbeitsweisen zu kommen. Das Ziel, die Wirkung von Politik zu evaluieren, ist in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Dimension bisher von keiner Kommune formuliert worden. Mannheim nimmt in dieser strategischen Ausrichtung eine Pionierfunktion ein, die durch die Ergebnisse, die bis heute erzielt wurden, auch nationales und internationales Interesse hervorruft. Entscheidend wird jedoch sein, ob wir gemeinsam die von uns gesteckten Ziele erreichen werden. Hier sind wir bei weitem noch nicht am Ende des Prozesses, aber in den Grundlagen schon entscheidende Schritte gegangen.

Vorbedingung für die politisch-strategische Steuerung von Verwaltungshandeln ist zunächst eine Strategie selbst. Daher war deren Entwicklung eine der vorrangigen Aufgaben. Bereits Ende 2008 konnte das damit befasste Projekt erfolgreich abgeschlossen werden, nachdem alle Dezernate bei der Strategiefindung aktiv mit eingebunden waren.

„Mannheim als Deutschlands kompakteste Metropole wächst und entwickelt sich weiter als vielgestaltige, tolerante und bunte Stadt. Dabei versteht sich Mannheim in besonderer Weise als Stadt aktiver Einwohnerinnen und Einwohner und damit als Bürgerstadt.“ Dieser strategische Leitsatz lässt sich in Bezug auf die Notwendigkeiten einer Operationalisierung der Ziele und dem notwendigen Instrument der strategischen Steuerung in sieben strategische Ziele gliedern:

1. Stärkung der Urbanität
2. Talente überdurchschnittlich gewinnen und halten
3. Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern

4. Toleranz bewahren, zusammen leben –Vorbild für Zusammenleben in Metropolen
5. Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein - Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen
6. Zu den überdurchschnittlich stadtkulturell geprägten Städten gehören - die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und Masterplan Kreativwirtschaft erfolgreich umsetzen
7. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung

Im Projekt der Strategischen Steuerung sollen im ersten Quartal 2010 alle Fachbereiche Managementziele erarbeitet haben, auch sollen messbare Parameter festgelegt sein. Bis Anfang 2011 sollen dann ein darauf basierendes Jahreszieleystem und individuelle Zielvereinbarungen feststehen. Das Projekt ist das grundlegendste und insgesamt umfassendste Projekt im Rahmen des Veränderungsprozesses.

### **Wo stehen wir aktuell?**

Der gegenwärtige Stand der Change<sup>2</sup>-Projekte kann wie folgt zusammengefasst werden: 39 Projekte stehen derzeit insgesamt auf der Agenda. Zwölf Projekte laufen derzeit, von denen wiederum fünf in diesen Tagen vor dem Abschluss stehen (EU-Dienstleistungsrichtlinie; Öffentlichkeitsarbeit; Schnittstellenoptimierung im Sozialbereich, Neue Wirtschaftspolitische Strategie). Neun Projekte sind erfolgreich abgeschlossen oder befinden sich in der Implementierungsphase. Dies ist dem enormen Einsatz und Engagement zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, insbesondere auch der Fachgruppe Verwaltungsarchitektur, für deren großen Einsatz in einem hoch komplexen und auch kontroversen Umfeld ich mich herzlich bedanke.

Nach knapp zwei Jahren lassen sich Schlüsse aus dem Change<sup>2</sup>-Prozess selbst ziehen, die konsequent in den nächsten Wochen und Monaten auch zu Veränderungen führen werden. So ist zunächst festzustellen, dass der Verlauf mancher Projekte selbst, die ja zurecht „aus der Linie heraus“ verantwortet werden, noch sehr stark den derzeitigen Stand der Organisation abbilden, also selbst noch nicht

im erhofften Maß „Veränderung“ symbolisieren. Zum anderen schaffen die Projektergebnisse lediglich Voraussetzungen für eine veränderte Verwaltungspraxis, d.h. sie sind eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für Veränderung. Vor allem ist aber erkennbar, dass die Umsetzung von Projektergebnissen stärker gesteuert werden muss. Die Implementation gehörte bislang nicht zu den zu betreuenden Aufgaben durch die Fachgruppe 2013. Dies will ich ändern. Die Implementierung der Projektergebnisse wollen wir anhand dichter, überprüfbarer Vorgaben kontrollieren und messen. Und nicht zuletzt: Der bisherige Prozess hat teilweise auch deutlich gemacht, dass es notwendig ist, unsere Mitarbeiterschaft, insbesondere die Führungskräfte, bei den Herausforderungen, die dieser einzigartige Umgestaltungsprozess an sie stellt, professionell zu unterstützen. Daher werden wir im weiteren Verlauf die notwendigen Instrumente und Programme entwickeln, um unsere Führungskräfte auf dem Weg der Managemententwicklung zu fördern.

### **Projekt Kulturhauptstadt verfolgen: Kultur – Raum – Stadt**

Wir übergeben Ihnen heute zeitgleich den Stand der bisherigen Recherche und Vorarbeiten für eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt. Vor zwei Jahren habe ich aus der Erfahrung des Stadtjubiläums 2007 darauf hingewiesen, wie wichtig für eine Stadt die Orientierung auf ein mittelfristiges Datum ist, das die Anstrengungen fokussiert, Erwartungen weckt und Menschen motiviert. Und ich habe ebenfalls bereits vor zwei Jahren ein solches Bewerbungsverfahren als Projekt der Region beschrieben. Ich bin überaus zufrieden über die Entwicklung der vergangenen knapp zwei Jahre. Zum einen erfahren wir schon jetzt von außen viel Zustimmung und Interesse – auch auf europäischer Ebene. Vor allem aber hier vor Ort ist mehr bewegt worden als dies im Vorhinein durch eine begrenzte Diskussion und Recherche zu erwarten war und ich bin heute noch überzeugter von der Kraft, die ein solches Projekt entwickeln kann. Und es ist ein Projekt, das beides vermag – eine Richtung zu geben und Menschen zu aktivieren.

In der Stadt bekennen sich schon jetzt aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen viele zu diesem Projekt und zwar mit echter Begeisterung und Überzeugung: Natürlich sind Herr Engelhorn, Herr Greinert, Herr Grimminger, Herr Pro-

fessor Esser, die 15 Gesellschafter des Stadtmarketings, unterschiedliche Künstler, die Geschäftsführerin des Stadtjugendrings, der Sprecher der sachkundigen Einwohner im Sportausschuss, die City-Werbegemeinschaft, die Freie Akademie nicht repräsentativ, aber sie repräsentieren ein enormes Potenzial dieser Stadt aus unterschiedlichen Bereichen. Und hier ist - mehr als von mir zu diesem Zeitpunkt erwartet – schon ein gemeinsames Verständnis gewachsen, das Hoffnung gibt und Optimismus ausstrahlt. Und ich appelliere an Sie: Gehen Sie mit diesem Optimismus und diesem Potenzial unterstützend und stärkend und nicht schwächend um.

Wir haben es darüber hinaus erreicht, dass sich die Region einhellig entschieden hat, sich künftig in den Prozess einbringen und die Bewerbung als eine Aktivität zu verstehen, in der Mannheim gleichermaßen Schrittmacher wie Kooperationspartner sein soll. Gemeinsam werden die Stadt Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar eine überzeugende Konzeption für das Bewerbungsverfahren entwickeln und hierfür gemeinsame Zieldefinitionen, gemeinsame Strukturen und gemeinsame Ressourcen schaffen bzw. bereitstellen. Ein erster Schritt wird die Gründung eines regionalen Kulturbüros im kommenden Jahr sein. Auch dieses gemeinsame Angehen eines großen Projekts ist ein Schritt, der in seiner Bedeutung weit über das Thema Kulturhauptstadt hinausreicht.

Mit der Formulierung unserer strategischen Ziele haben wir uns bereits entschieden, die Bewerbung als Stadtentwicklungsprojekt konsequent zu verfolgen. Der Entwurf des Haushaltes sieht deshalb für die Jahre 2010 – 2013 eine Erhöhung von 120.000 auf 250.000 Euro vor. Dabei geht es um die Organisation bürgerschaftlicher Beteiligung, um Kommunikation, um die Entwicklung eines Leitbilds und die Unterstützung von Netzwerken, beispielsweise gerade zu den Migrantenorganisationen, die auch wichtige Kulturträger und Partner für die Kultivierung eines weltoffenen städtischen Selbstbildes mit großer Identifikationskraft sein können. Das ist somit keine unmittelbare Bewerbungsvorbereitung, sondern eine Arbeit, die unsere Handlungsansätze zur Entwicklung der Stadt integrieren soll.

Aber nicht nur die nächsten zwei Jahre, das Projekt Kulturhauptstadt insgesamt zielt nicht auf ein Festivaljahr, ein großes Feuerwerk, ein großes Event. Es geht

darum, echte Veränderungen herbeizuführen, neben der konkreten Kultur (Kunst) auch alle wichtigen und entscheidenden Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Bildung, Migration, Arbeit, interreligiöser Dialog, Soziales, Sport und Lebensart in einem intensiven Prozess weiterzuentwickeln. Mit dem Ja zu einer Fortsetzung des begonnen Prozesses verstehen wir Kultur im weitesten Sinn als Treiber und Faktor für Veränderungen, die eine Stadt und eine Stadtgesellschaft in den kommenden Jahrzehnten brauchen.

Trevor Davies, einer der europaweit führenden Experten für das Thema „Kulturhauptstadt“, der im Sommer für einen Vortrag in Mannheim zu Gast war, hat in einem Interview in dem Ihnen als Teil der Vorlage zugesandten Skizzenbuch „Kultur – Raum – Stadt“ den Geist beschrieben, den eine Stadt für eine erfolgreiche Bewerbung benötigt: „Die Stadt muss vielmehr zu einem kulturellen und sozialen Labor werden, denn die Stadt ist das kulturelle und soziale Labor der Zukunft. Als Stadt müssen Sie sich deshalb auf das Veränderungspotenzial konzentrieren und dafür sorgen, dass in der Stadt eine offene Atmosphäre vorherrscht, in der Veränderungen möglich und erwünscht sind. Entscheidende Voraussetzung dafür ist das, was in der Soziologie als „positive decision-making environment“ bezeichnet wird, also ein Umfeld, in dem offen und konstruktiv Entscheidungen getroffen werden. Dann nämlich arbeiten Politiker, Geschäftsleute, Medien und andere Akteure tatsächlich zusammen und treffen gemeinsam Entscheidungen. Sie brauchen keine acht Jahre, um Kulturveranstaltungen zu organisieren, aber Sie brauchen acht Jahre, um Denkweisen zu ändern und geeignete Strukturen aufzubauen.“ Weiter führt er aus: „Die erfolgreichsten Städte waren nicht die reichsten Städte oder die Städte mit der besten Infrastruktur, sondern die, die am klarsten ihr Potenzial für eine Weiterentwicklung definieren konnten. Die Bereitschaft zur Veränderung muss vorhanden sein, sowohl bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung als auch bei den Einwohnern einer Stadt – nach dem Motto: „Lasst uns zusammenarbeiten und unsere Stadt zu einem besseren Ort machen.“

Diese Grundvoraussetzung lässt die Stadt in ihrem Bestreben auch dann gewinnen, wenn der Titel am Ende nicht verliehen wird. Kultur ist Stadtentwicklung in Mannheim! Damit bringt Mannheim das grundlegende Element in den Bewerbungsprozess ein, das die Europäische Kommission in ihrem Beschluss in Artikel

4, Abs. 2 b über das Programm fordert, nämlich „nachhaltiger und unmittelbarer Bestandteil einer längerfristigen Strategie für die kulturelle und soziale Entwicklung der Stadt zu sein.“

Eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt wird ein Impulsgeber und Orientierungsrahmen für die Stadtentwicklung und Verbesserung der Infrastruktur sein, wird neue Netzwerke schaffen – auch europaweit – und die Kompetenzen der Stadt und der Menschen in der Stadt stärken und verstärkt wahrnehmen und fördern und auch ganz neue Kompetenzen aufbauen und Menschen von außerhalb anziehen, in dieser Stadt tätig zu werden und mitzugestalten.

Mannheim bringt eindeutig alle Potenziale und Eigenschaften mit, die eine Stadt für eine Bewerbung um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ braucht. Wenn in zwei Jahren der Gemeinderat erneut über weitergehende Schritte entscheidet, wird eine gründlich ausgearbeitete Strategie zu den relevanten Themen die Grundlage bilden – in Kongruenz zu unseren sieben strategischen Zielen –, die das weitere Vorgehen genau skizziert.

Auf unterschiedlichste Art und Weise werden alle die Möglichkeiten haben, an dem Prozess zu partizipieren und somit die Richtung der Stadt für die nächsten Jahre gemeinsam zu skizzieren. Der Prozess ist deshalb auch dann lohnend, wenn man letztlich mit der Bewerbung keinen Erfolg haben sollte. Trevor Davies führt hierzu in dem bereits zitierten Interview aus: „Deshalb ist eine Bewerbung eine großartige Gelegenheit, eine integrierte Denkweise in der Stadt und der gesamten Region zu etablieren. Alle Beteiligten müssen sich miteinander austauschen und können nicht einfach isolierte Entscheidungen über isolierte Budgets in isolierten Institutionen treffen.“

### **III. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung**

Der Entwicklungsprozess „Kultur – Raum – Stadt“ ist die logische Fortsetzung unseres Bemühens um mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen Instrumente der Aktivie-

rung und Partizipation entwickeln, damit eine neue Partnerschaft zwischen Bürgerschaft und Verwaltung entstehen kann. Bürgerversammlungen, wie wir sie bereits zweimal zu den Themen „GKM Block 9“ und „Finanzkrise“ durchgeführt haben, kooperative Planungsprozesse (Strandbad, Rathausplatz Wallstadt, Aufeld) und eine verstärkte Stadtteil- und Quartiersorientierung (EKI, Quartiermanagement) sind wichtige Ansätze. Anfang 2010 wird der neue Internet-Auftritt der Stadt auch technisch neue Möglichkeiten des Dialogs bieten. Es soll darüber gelingen, neue Gruppen für die Teilhabe zu gewinnen und die Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Stadt weiter zu stärken.

Durch Partizipation sind schon jetzt die Bürgerinnen und Bürger an der Lösung der Probleme in ihrem Lebensumfeld aktiv beteiligt. Die Ehrenamtlichen Mannheims – das sind Menschen mit hohem Engagement aus allen Generationen und sozialen Schichten, ethnischen Gruppen und Kulturen sowie Religionsgemeinschaften. Das bürgerschaftliche Engagement hat viele Facetten und Handlungsfelder. Bürgerschaftliches Engagement ist für beide Seiten ein Gewinn. Das Ehrenamt bedeutet auch für den sich Engagierenden eine persönliche Weiterentwicklung und Bereicherung. Gesellschaftliche Grenzen werden dabei durchlässig.

Das bürgerschaftliche Engagement hat auch eine positive gesellschaftliche Funktion. So erleben zum Beispiel erwerbslose oder frühverrentete Menschen das Ehrenamt als erfüllende Tätigkeit, die im Alltag Sinn stiftet, persönliche Beziehungen stärkt sowie neue berufliche Impulse durch Qualifizierung und Erfahrung ermöglicht.

Um mehr Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl zu motivieren, gehen wir neue, innovative Wege (Stadtteilausweitung der Freiwilligenbörse über „Lernen vor Ort“, Freiwilligentag, Sozialbörse mit ABSOLVENTUM, „Gute Geschäfte, Mentorenprogramm), um die unterschiedlichsten Menschen und Unternehmen für das bürgerschaftliche Engagement anzusprechen und zu gewinnen. Neben der Orientierung am Gemeinwohl kennzeichnet Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung das neue bürgerschaftliche Engagement, das in der kommunalen Anlaufstelle durch die Stadt Mannheim gefördert wird.



#### **IV. Urbanität stärken, Menschen gewinnen**

Die besonderen Herausforderungen, vor denen wir stehen, bieten auch eine Chance. Diese Chance liegt darin, unter dem Entscheidungsdruck konsequent Potenziale zu suchen und zu erschließen. Ich will einige der Projekte und Überlegungen, die sich in den Haushaltsansätzen oder der politischen Agenda des Jahres 2010 widerspiegeln, unter diesem Aspekt hier beispielhaft darstellen.

Mannheim 21 ist das herausragende Stadtentwicklungsprojekt im Bereich Wohnen und Gewerbe. Hier entsteht auf rund 28 Hektar Fläche ein hoch attraktives neues Stadtquartier mit einem Mix aus Wohnen, Gewerbe, Bildung und Wissenschaft sowie Handel und Gastronomie. Wir wollen dieses Projekt in der Krise nicht verlangsamen, sondern beschleunigen. Wir prüfen derzeit, ob auf den Baufeldern, die von der Verlagerung der Straßen nur mittelbar berührt sind, schon parallel zum Bau der Südtangente investiert werden kann. Dies wäre ein signifikantes Aufbruchsignal. Gespräche mit Investoren laufen. Und unser Bestreben ist es, hier eine Auftaktinvestition im Bereich der Hochschulbildung zu realisieren. Dies ist eines der Projekte, bei denen uns intensiv und äußerst hilfreich das neue Stuttgart-Büro mit Prof. von Hoyningen-Huene zur Seite steht.

Mannheim 21 ist im Haushalt gesichert von 8,1 und 9,2 Millionen Euro. Für die Bauphase I mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 65 Millionen Euro, die sich bis einschließlich 2016 erstreckt, ist damit auch der Zuschussbedarf aus dem kommunalen Haushalt nahezu vollständig abgedeckt. Das sonstige Investitionsvolumen kann refinanziert werden aus den Landeszuschüssen und der Verwertung der neuen, hochwertigen Grundstücke. Wir meinen deshalb, dass das Projekt spätestens ab 2012 über eine Projektgesellschaft oder ein Sonderkonto der Stadt finanzpolitisch seriös realisiert werden kann.

Wir schlagen Ihnen an vier Stellen im Stadtgebiet vor, soziale, sportliche bzw. schulische Infrastruktur aufzugeben und die freiwerdenden Gelände im Sinne unserer Stadtentwicklung und der Attraktivierung Mannheims als Wohnstandort fortzuentwickeln. Das umfassendste, auf die Stadtentwicklung ausstrahlende Projekt

ist die Aufgabe des Standorts der Sickinger-Schule in der Innenstadt. Hier schlagen wir Ihnen eine dem sonstigen Prozess zur Hauptschulentwicklung ausnahmsweise vorgreifende Entscheidung vor. Wir schlagen Ihnen vor, das Gelände im Laufe des Jahres 2011 zu verkaufen und in den Folgejahren einer Wohnbebauung zuzuführen. Dieses Vorhaben ist unter Schulentwicklungsgesichtspunkten machbar und gerechtfertigt. Eine Zusammenführung von Pestalozzi- und Sickinger-Schule als Werkrealschule am Standort Sickinger wäre letztlich keine überzeugende Alternative. Das Projekt ist unter dem Aspekt eines Deckungsbeitrages für den Haushalt von erheblicher Bedeutung. Es ist aber auch eine große Chance für die gesamte Entwicklung der östlichen Unterstadt, denn mit dieser Aufgabe kann ein Jahrzehnte alter Fehler, nämlich die Einziehung der Straßen zwischen S 4 und S 5, zwischen S und T und zwischen T 4 und T 5 repariert werden. Ob wir das so realisieren wollen, ist gemeinsam und mit der Bewohnerschaft zu diskutieren. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass die problematische Entwicklung der östlichen Unterstadt, insbesondere in den Bereichen S, T und U entscheidend durch die kleinteilige Parzellierung der gesamten Unterstadt durch die Trennwirkung der S 4-, S 5- und T 4-, T 5-Quadrate verursacht worden ist. Reine Fußgängerzonen in den Wohnbereichen der Innenstadt entwickeln sich zumeist zu gemiedenen, nur von Anliegern genutzten Räumen, und damit oftmals zu Angst-Räumen.

Die große Chance, den Wohnstandort Innenstadt mit qualitativ ansprechendem Wohnungsneubau entscheidend aufzuwerten und damit der Innenstadt eine neue Perspektive zu geben, bietet sich hier. T 4/T 5 kann die Wohnungsbauentwicklung durch die neuen Projekte R 3, R 7 und Q 6/Q 7 nahtlos fortsetzen. Die Einrichtung eines Kinderhauses ist natürlich auch in einer Neubebauungskonzeption vorzusehen.

Selbstverständlich sind nicht alle Fragen geklärt. Die Chance der Krise liegt aber gerade darin, eine solche Vorstellung jetzt in einem eng überschaubaren Zeitrahmen zu verfolgen und nicht auf eine ferne Zukunft zu vertagen. Und zugleich setzen wir einen Impuls, an dem sich auch andere orientieren können.

Ähnliches gilt für den Standort des Victor-Lenel-Hauses in Mannheim-Gartenstadt. Hier wären umfassende Sanierungen bzw. ein Neubau erforderlich. Mit einer Verlagerung kann dort – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Carl-Benz-Bad – ein außerordentlich attraktives Wohngebiet entstehen bzw. erweitert werden.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ergeben sich vergleichbare Potenziale auch durch eine Neuordnung der Schullandschaft in Waldhof und Käfertal. Der geplante Ersatzbau für die Theodor-Heuss-Schule ist vor dem Hintergrund, dass sich mit der Käfertalschule Mannheims kleinste Hauptschule und Grundschule nicht allzu weit entfernt befindet, kritisch zu hinterfragen und unserer Meinung nach nicht weiter zu verfolgen. Auch hier ergeben sich Perspektiven nicht nur für neue pädagogische Konzepte, sondern auch Perspektiven für Wohnungsbau und Stadtentwicklung und natürlich für den Haushalt.

Letzteres gilt auch für das Gelände der so genannten 48er Sportanlage auf dem Almenhof, die zurückgebaut und in Teilen einer Wohnbebauung zugeführt werden könnte.

Erhebliche, noch nicht hinreichend genutzte Potenziale zur weiteren Stadtentwicklung ergeben sich natürlich durch unsere Lage an zwei Flüssen und unseren Hafen. Bei unseren weiteren Stadtentwicklungsdiskussionen auch mit Blick auf „Mannheim 2020“ gilt es, hierhin verstärkt das Augenmerk lenken. Die Wasserlagen an der Schnittstelle von Stadt und Hafen am Verbindungskanal und am Rhein untersuchen wir mit einer Beauftragung des Büros ASP.

Gerne greife ich im Zusammenhang mit der Stärkung der Urbanität das Stichwort EKI auf. Ein Projekt wie T 4/T 5 ist idealtypisch für das, worum es in EKI geht: Projekte und Ideen zu entwickeln, die dem Geist und den vereinbarten Zielsetzungen entsprechen. EKI ist kein abschließender Projektentwicklungs-Katalog, sondern ein Rahmen, an dem sich neue Ideen messen lassen müssen. Die östliche Unterstadt soll in ihrem Kern Wohnquartier bleiben und dies soll gestärkt werden. Dem dient auch die neue Planungssatzung und genau dies kann ein solches Projekt entscheidend unterstützen. Wir wollen diesen Prozess der Stadtent-

wicklung fortführen. Empfehlungen zur Realisierung einzelner EKI-Projekte werden dem Gemeinderat in den nächsten Monaten vorgelegt. Zu diesen Projekten wird auch die Realisierung einer Verkehrsberuhigung und Attraktivierung in G2/H2 gehören. Wir wollen gerade dort auch die Bereitschaft der Einzelhändler zur Mitgestaltung aufgreifen.

Auch die Umgestaltung der Planken als Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt und als Garant zur nachhaltigen Bindung der Kaufkraft und Sicherung der Attraktivität der Innenstadt bleibt im Focus, auch wenn wir die Umsetzung der Neupflasterung und neuen Haltestellen erst in 2013 beginnen wollen. Dies haben wir mit dem Einzelhandel vor dem Hintergrund der großen kommenden Veranstaltungen und der parallel geplanten Baumaßnahmen vereinbart. Die notwendigen Planungsmittel sind etatisiert. Für das große private Stadtentwicklungsprojekt Q 6/Q 7 sollen in den nächsten Wochen die vorbereitenden Bauarbeiten beginnen.

Die Erneuerung der Allee Augustaanlage ist ein Projekt, dem wir uns stellen müssen. Die gutachterlichen Aussagen bestätigen eindeutig einen aus Verkehrssicherungsgründen unaufschiebbaren Handlungsbedarf. Es ist zugleich aber ein Projekt, das eine unsere Identität prägende, historische Stadtgestaltung nachhaltig sichert und für die kommenden Jahrzehnte neue Qualitäten schafft. Die Sanierung erfolgt in vier Bauabschnitten. Die Wiederherstellung dieses einzigartigen Stadteingangs ist eine direkte Investition in unser Stadtbild. Für diese Maßnahme setze ich auch auf die Unterstützung der Bürgerschaft. Das hat nicht nur einen finanziellen Hintergrund; es wäre auch ein starkes Zeichen für die „Bürgerstadt Mannheim“.

Mit einem im Haushalt aufgestockten Budget kann das strukturelle Defizit der Stadtreinigung beseitigt und qualitative Verbesserungen gesichert werden, insbesondere durch eine verstärkte Nachmittagsreinigung in den Fußgängerzonen und am Willy-Brandt-Platz. Die Graffiti- und Plakatbeseitigung wird noch intensiviert.

Heute wollen wir auch die Weichen stellen für ein wichtiges Stadtbahn-Projekt in den Mannheimer Norden, mit dem wir die letzte große Lücke im Stadtbahnnetz schließen. Dieses Projekt hat nicht nur erhebliche Vorteile für den öffentlichen

Personennahverkehr selbst, sondern ist auch ein Element der Klimaschutzkonzeption, stärkt die Lebens- und Wohnqualität im Norden unserer Stadt und macht zahlreiche Bildungs- und Freizeiteinrichtungen besser erreichbar. Da die Finanzierung nach dem Bundes-GVFG 2019 endet, besteht nur noch für kurze Zeit eine realistische Chance, diese Maßnahme verwirklichen zu können. Nach heutigem Kenntnisstand erfüllen die neue, nun vorgeschlagene Streckenführung und das Betriebskonzept die entsprechenden Fördervoraussetzungen. Die Investitionskosten einschließlich der Planungskosten liegen bei 76,7 Millionen Euro. Fördermittel erwarten wir in Höhe von 50,9 Millionen Euro. Die Komplementärfinanzierung in Höhe von 25,8 Millionen Euro erfolgt durch die MVV Verkehr AG und MVV GmbH und damit ohne Mittel aus dem städtischen Haushalt. Die Feinplanung – und etwas anderes ist fachlich in einem echten Beteiligungsverfahren gar nicht zu bearbeiten – wird unter Einbeziehung der Bürgerschaft in einem kooperativen Verfahren erfolgen.

Ein großes Projekt für die Infrastruktur und Lebensqualität in der Region, aber auch zur Stärkung der Zentralität Mannheims ist die zweite Stufe „S-Bahn Rhein-Neckar“ ab 2015. Für dieses Projekt leisten die Kommunen erhebliche und an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gehende Beiträge zum Ausbau der Infrastruktur der DB. Die Mittel für den S-Bahnausbau mit über 6 Millionen Euro für Planung und zum Teil schon Baukostenzuschüsse sind etatisiert. Bis 2015 kommen allein für die Stationen noch weitere Mittel für die Baumaßnahmen hinzu; die konkreten Summen können erst mit Ende der Entwurfsplanungen festgelegt werden. Die Verlegung der Station Rangierbahnhof konnte vorgezogen werden und soll bis Dezember 2011 fertig gestellt sein. Die Stationen Neckarau, Rheinau und Friedrichsfeld Nord werden auf S-Bahnniveau ertüchtigt. Weiterhin wird ein Ausbau der Station in Käfertal und eine neue Station in Neuostheim in Höhe der Theodor-Heuss-Anlage geprüft, so dass auch die östliche Riedbahn der Nutzung des SPNV zugänglich gemacht werden könnte. Herzstück der zweiten Stufe der S-Bahn RheinNeckar ist der dreigleisige Ausbau zwischen Mannheim und Heidelberg. Dieser Ausbau wird aber nur gelingen, wenn die Region sich an dem Ausbau beteiligt.

Zur Stärkung der Urbanität gehört auch die Stärkung des Radverkehrs in Mannheim, den wir auf bisherigem Niveau fördern wollen. Ein zunehmender Radverkehr bringt Nutzen insbesondere in den Bereichen CO<sub>2</sub>- und Flächeneinsparung, städtische Lebensqualität, Gesundheitsförderung und Verkehrsentlastung. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln lassen sich hier sichtbare Erfolge erzielen. Mit dem 2008 durchgeführten BYPAD-Verfahren – einer Qualitätsprüfung der Radverkehrspolitik – wurden uns viele Handlungsoptionen im Bereich Infrastruktur und Öffentlichkeitsarbeit aufgezeigt. Diese werden künftig vom „Runden Tisch Radverkehr“, der den Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Verbänden weiter ausbauen soll, konstruktiv begleitet werden: Wir beabsichtigen dadurch, unseren schon beachtlichen Radverkehrsanteil von 15% (im Binnenverkehr) weiter zu steigern und uns als fahrradfreundliche Stadt weiterzuentwickeln.

Mit der Klimaschutzkonzeption 2020 haben wir uns hohe Ziele gesetzt. Gemeinsam mit allen Akteuren sollen die vom Gutachter aufgezeigten CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale von 40% bis 2020 (gegenüber 1990), in Mannheim erreicht werden. Diesen auch durch die Bundesregierung angestrebten Zielwert zu erfüllen, ist für uns eine große Herausforderung, der wir uns offensiv stellen. Die notwendigen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr aus dem dazugehörigen 60 Maßnahmen umfassenden Aktionsplan werden wir gemeinsam mit den Akteuren schrittweise bis 2020 umsetzen. Mit den im Haushalt eingestellten Mitteln von 2,5 Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre schaffen wir erste Voraussetzungen. Das erfolgreiche städtische Fördermittelprogramm für Wärmedämmmaßnahmen für private Haushalte wird in seiner bisherigen Höhe fortgeführt. Für die energetische Sanierung städtischer Gebäude sind für 2010 und 2011 insgesamt 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Die Klimaschutzagentur Mannheim, ein Schlüsselprojekt unserer Klimaschutzkonzeption, ist ein Gemeinschaftsprojekt der MVV, der GBG und der Stadt. Im Haushalt sind jährlich 200.000 Euro für den städtischen Zuschuss etatisiert.

## **Sportförderung für Vereine und Infrastruktur**

Sport ist elementarer Bestandteil des öffentlichen und privaten Lebens in Mannheim mit entsprechenden Auswirkungen auf die individuelle und urbane Lebensqualität, auf Bildung und Integration und insbesondere auch auf das Zusammenleben.

Im Bereich der Sportinfrastruktur besteht weiter ein hoher Sanierungsbedarf bei den städtischen Freisportanlagen, Bädern und Sporthallen. Hier werden die in den beiden letzten Jahren angegangenen Maßnahmen weiter fortgeführt.

Hierzu gehört auch die Fortführung der Bäderkonzeption. Im Haushaltsentwurf stehen hierfür 2010 2,4 Millionen Euro und 2011 3 Millionen Euro für die Sanierung des Hallenbades Neckarau und die konzeptionelle Planung für das Carl-Benz-Freibad. Für die Fortführung der Sanierung des Herschelbades im Bereich Außenfassade, Dächer und Fenster sowie die Erstellung einer Gesamtkonzeption für das Herschelbad als weiterer Baustein für die Gesamtsanierung und deren Finanzierung sind im Haushaltsentwurf 2010 2,5 Millionen Euro und 2011 1,5 Millionen Euro ausgewiesen. Zur Absicherung des Betriebs und der Investitionen wird 2010 die Frage einer Rechtsformänderung auf der Tagesordnung stehen.

Neben der Eishockey-Weltmeisterschaft im Mai nächsten Jahres wird besondere Aufmerksamkeit im nächsten Jahr auf dem großen, für Mannheim einmaligen Event, das dreitägige „Festival des Sports“ im Wettbewerb „Mission Olympic – gesucht: Deutschlands aktivste Stadt“ liegen, bei dem möglichst alle Sportvereine beteiligt werden sollen. Weiter werden uns die intensiven Vorbereitungen zum Internationalen Deutschen Turnfest 2013 beschäftigen. Für diese Veranstaltungen sind im Haushaltsentwurf erhebliche Mittel vorgesehen.

## V. Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze steigern

Der Wirtschaftsstandort Mannheim hat sich in jüngster Zeit in vielen Bereichen eine herausragende Position erarbeitet. Mannheim belegt in aktuellen Rankings, egal ob zu Wirtschaftskraft, Beschäftigungsentwicklung, Lebensqualität oder Immobilienmarkt immer einen der vorderen Ränge.

Platz 9 erreichte Mannheim im Städteranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM); in der „Wirtschaftswoche“ Nr. 35 vom 24.08.2009 wird Mannheim zur Gruppe der fünf innovativsten deutschen Städte mit dem größten Zukunftspotenzial gerechnet. Bei der Untersuchung der Prognos AG belegten wir einen hervorragenden 13. Platz unter allen 409 kreisfreien Städten und Kreisen bundesweit. Zuletzt wurde Mannheim im Ranking unter den 40 größten deutschen Handelsstädten als Sieger bewertet. Diese durchweg guten Bewertungen geben unseren Anstrengungen Rückenwind. Diese unabhängigen Wirtschaftsstudien sind für Investoren und Entscheider Kennzahlen zur Qualität des Standorts Mannheim. Mit den Ansiedlungen von Rhenus im Gewerbegebiet Neckarau, der Europa-Niederlassung des US-Konzerns MetoKote auf der Friesenheimer Insel und dem Beraterhaus Eastsite sind in den letzten Wochen beachtliche Erfolge gelungen.

Die ansässigen Unternehmen stehen erkennbar zum Standort und investieren weiterhin kräftig. Derzeit werden bei Roche in Mannheim vier Bauprojekte mit einem Investitionsvolumen von 216 Millionen Euro realisiert. Der Alstom-Konzern errichtete 2009 ein neues Logistikzentrum. Die Rhein Chemie Rheinau GmbH hat kürzlich in Mannheim und im chinesischen Qingdao zwei neue Produktionsanlagen in Betrieb genommen. Siemens investierte 12 Millionen Euro in die Mannheimer Niederlassung. EvoBus weihte vor wenigen Wochen einen 9,3 Millionen teuren Gebäudekomplex ein. Auch die Produktion von Nutzfahrzeugmotoren im Mercedes-Werk wird bis 2013 neu strukturiert und modernisiert. Unter dem Namen „Synchrone Fabrik“ realisiert Daimler in Mannheim eines der modernsten Aggregatewerke weltweit.



Trotz dieser positiven Standortdaten setzen wir vor dem Hintergrund der erkennbaren großen Herausforderungen mit der neuen wirtschaftspolitischen Strategie im Rahmen des Haushalts einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Standortstärkung. Wir wollen das unter Einbeziehung zahlreicher Vertreter großer und mittlerer Unternehmen, Verbänden und der Wissenschaft erarbeitete Konzept umsetzen. Die Wirtschaftsförderung wird eine neue Struktur erhalten und ihre Arbeitsschwerpunkte intensivieren, erweitern und in der Außendarstellung und Vertretung verändern. Als Wachstumsthemen sind Medizintechnik, Kreativwirtschaft, Energie und Produktionstechnik identifiziert.

Mit der Umgestaltung des QM-Centers Friedrichsfeld realisieren wir ein umfassendes Konversionsprojekt, das sehr stark den Investitionshaushalt prägt, und zugleich Hinweise darauf gibt, welche Herausforderungen Konversion mit sich bringt. Konzeptionell wurde das Projekt für eine mögliche Verlagerung der Firma Vögele innerhalb des Mannheimer Stadtgebietes entwickelt und auch nach der Wegzugsentscheidung weiter umgesetzt. Es zeigte sich, dass die Firma Dachser an der damals konzeptionierten Umzugs- und Neuinvestitionsentscheidung auch unter veränderten Rahmenbedingungen festhalten wollte. Sie will im Gewerbegebiet Friedrichsfeld West mit einem Investitionsvolumen von rund 40 Millionen Euro ein neues Logistikzentrum errichten. Hier werden rund 250 Arbeitsplätze gesichert und 100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ursprünglich für die Firma Vögele vorgesehene Gelände steht für weitere Ansiedlungen zur Verfügung. Für die unmittelbare Lage an der Autobahn laufen konkrete Verhandlungen, die eine Standortsicherung und Ausweitung von Mannheimer Unternehmen sowie eine qualitätsvolle Entwicklung ermöglichen. Die erhebliche Investition ist damit ein klares Signal der Stadt Mannheim, Bestandserweiterungen zu ermöglichen. Dieses Signal nicht zu setzen, hätte neben dem unmittelbaren Arbeitsplatzverlust erhebliche Risiken beinhaltet.

Die auch statistisch signifikant erfolgreiche Gründer-Unterstützung wollen wir fortsetzen. Der Neubau des Technologiezentrums in der Julius-Hatry-Straße auf dem Lindenhof ist nach der Eröffnung im Oktober 2008 inzwischen mit 40 Unternehmen und rund 200 Arbeitsplätzen vollständig belegt. Im Rahmen der RWB-EU-Förderung planen wir eine Erweiterung des Technologiezentrums.

Zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Ansiedlung und Gründung von Unternehmen der Kreativwirtschaft und mit Technologieorientierung haben wir ein Zuschussprogramm für Gründungen und Unternehmen unter 50 Beschäftigten sowie einen Beteiligungsfonds entwickelt und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit beiden Maßnahmen erhält der Wirtschaftsstandort ein attraktives Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb der Standorte um diese Wachstumsbranchen.

Im Rahmen des RWB-Förderprogramms wollen wir für die Region ein Clustermanagement für die Musikwirtschaft aufbauen, das dem Gemeinderat Anfang 2010 vorgestellt wird. Dieses Cluster erfährt mit der Aufstockung der Popakademie und dem Angebot eines Masterstudiengangs noch einmal eine deutliche Stärkung. Ein Schwerpunkt der aktuellen RWB-Förderperiode liegt in der Stärkung der Kreativwirtschaft und entspricht damit der neuen wirtschaftspolitischen Strategie der Stadt Mannheim.

Mit der Weiterentwicklung und Umsetzung des Projekts „Altes Volksbad“ verknüpfen wir die Themen Kreativ- und Kulturwirtschaft, Gründerförderung und Quartierentwicklung. Neben dem wirtschaftspolitischen Signal setzen wir einen deutlichen Akzent für die weitere Stabilisierung und Entwicklung der Neckarstadt-West.

Die Weiterentwicklung unseres Klinikums als Forschungsstandort hat neben der Krankenversorgung zunehmend auch eine wirtschaftspolitische Dimension. Insbesondere die Entwicklung des Instituts für Medizintechnologie wird dabei auch von kommunaler Seite unterstützt.

Für die Westtangente liegen nach einem intensiven Planungs- und Abstimmungsprozess die Schätzkosten für den ersten Bauabschnitt in Höhe von 85 Millionen Euro vor; die gesamte Maßnahme wird auf 130 Millionen Euro geschätzt. In Anbetracht der Haushaltssituation ist eine Realisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht darstellbar. Die Vorbereitung eines Planfeststellungsverfahrens ist ausgesetzt. Auf den bereits erarbeiteten Grundlagen kann die Maßnahme jedoch

jederzeit wieder aufgenommen werden. Ein vorläufiger Abschlussbericht der bisherigen Planbearbeitung wird derzeit erstellt.

Die geschätzten Kosten für den Ausbau des Verkehrsknotens B 44 in Mannheim-Sandhofen wurden in einer überschlägigen Kostenberechnung vom Juli 2009 mit 40 Millionen Euro ermittelt. Im Entwurf des Haushalts sind für die Fortführung der Planungen 2010 200.000 Euro und für 2011 300.000 Euro vorgesehen. Die Entscheidung über einen Baubeginn ist im Rahmen der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts zu treffen.

Leider immer noch nicht geklärt ist die künftige Trassenführung der ICE-Verbindung Frankfurt – Mannheim. Als Vorsitzender des ICE-Regionalforums bin ich in besonderer Weise an einer einvernehmlichen Lösung interessiert. Das ICE-Regionalforum bevorzugt eine möglichst weitgehende Bündelung mit der Autobahn A 67 bei gleichzeitiger Sicherung der Hochgeschwindigkeit. In eine für 02.12.2009 anberaumte Sitzung des Regionalforums mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, hatten wir große Erwartungen gesetzt. Ich hoffe sehr, dass es in den nächsten Monaten gelingt, eine konsensuale Lösung für eine Trassenführung ohne Bypass zu finden.

In Anbetracht des Sanierungsstaus im Bereich von Straßen, Brücken, Gleisen und Verkehrsausstattung hat die Stadt Mannheim in Zukunft große Herausforderungen zu bewältigen. Schwerpunkte sind die Erneuerung der Waldstraßenbrücke mit einem Gesamtaufwand von 11,25 Millionen Euro bis 2013 und die Grundinstandsetzung des Kurt-Schumacher-Brückenkopfs und der Jungbuschbrücke mit einem Gesamtaufwand von 5,6 Millionen Euro bis 2013. In das Straßennetz der Stadt Mannheim sollen in den nächsten vier Jahren 4,4 Millionen Euro zur Grundinstandsetzung investiert werden.

## **VI. Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten**

Mannheim steht – gerade als chancenreicher Standort - vor der großen Herausforderung, einem drohenden Fachkräftemangel frühzeitig zu begegnen. So wird

die Metropolregion Rhein-Neckar aufgrund von Wirtschaftswachstum, fortschreitender Akademisierung, und des demografischen Wandels in den nächsten Jahren einen steigenden Bedarf an kreativen und hoch qualifizierten Fachkräften aus allen Fachrichtungen verzeichnen. Für die Talentgewinnung und -bindung ist die Verfolgung eines breiten Ansatzes, der u.a. die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur, Integration und Städtebau berücksichtigt, von entscheidender Bedeutung. Kreative Köpfe suchen Metropolen mit besonders hoher Lebensqualität und wirtschaftlicher sowie wissenschaftlicher Dynamik.

Daher ist ein zentraler Aspekt bei der Talentgewinnung und -bindung die wahrgenommene Standortattraktivität. Die Bedürfnisse und Erwartungen der Talente an den Standort zu identifizieren, als Impulsgeber für die Steigerung der Attraktivität zu wirken und die Attraktivität des Standorts Mannheim der Zielgruppe zu vermitteln, ist die Zielsetzung des Projekts „Entwicklung einer Strategie zur Bindung und Gewinnung von Fachkräften und Talenten“ von Stadtmarketing GmbH und Stadt Mannheim.

Die Projektergebnisse werden im Frühjahr vorliegen und Basis für die weiteren Aktivitäten von Stadt und Stadtmarketing sein. Die „Marke Mannheim“ hat durch die Aktivitäten des Stadtmarketings eine erhebliche positive Veränderung mit Blick auf Außenwahrnehmung und Image erfahren. Es ist gelungen, die Qualitäten unserer Stadt national und international bekannter zu machen und damit zu positionieren. Diesen Weg gilt es konsequent weiter zu beschreiten. Mein Dank gilt dem Aufsichtsratsvorsitzenden Helmut Posch, der diese Funktion vor rund zwei Jahren in der Nachfolge von Dr. Jürgen Schwiezer übernommen hat, für sein beispielhaftes Engagement und allen Unternehmen, die das Stadtmarketing als Gesellschafter, Sponsoren und bei Projekten unterstützen.

Die im Haushalt abgesicherten Mittel für die anstehenden Großveranstaltungen sind durchaus auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Es sind dies die Eishockey-Weltmeisterschaft 2010, der 125-jährige Geburtstag des Automobils sowie die Frauenfußball-Weltmeisterschaft in der Region 2011, der Katholikentag 2012 und das Internationale Deutsche Turnfest 2013.

## **VII. Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein – Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen**

Zur zentralen Bedeutung von mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Integrations-erfolg für die Zukunft unserer Stadt aus sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen habe ich oft und umfassend Stellung genommen. Das will ich hier nicht nochmals im Einzelnen darlegen und begründen.

Diese Überzeugung prägt den vorgelegten Haushalt, soweit dies bei den gesetz-ten Rahmenbedingungen möglich ist.

### **Frühkindliche Bildung und Erziehung**

Frühzeitig insbesondere jene Kinder zu erreichen, bei denen familiäre Förderung nicht ausreichend ist, ist der effizienteste Ansatz. Auf diesen Punkt hat auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2009/10 hingewiesen.

Mit unserem Programm „frühe Hilfen“ setzen wir Angebote für Familien mit geringer eigener Bildungs- und Erziehungskompetenz. Förderlich ist dabei die Ver-netzung zwischen den verschiedenen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe so-wie der Gesundheitsfürsorge. Neben einer zentralen Stelle, die in Kontakt mit Kinderärzten, Kliniken und anderen Diensten für Schwangere, Babys und Klein-kindern für eine zeitnahe, präventive Hilfe sorgt, haben wir gezielt in Wohngebiete-n, deren Sozialstrukturen uns herausfordern, Eltern-Kind-Zentren eingerichtet, in denen Erzieherinnen der Tageseinrichtungen mit Sozialarbeiterinnen der sozi-alen Dienste, Psychologinnen der Beratungsstellen, Ärztinnen aus dem Gesund-heitsamt sowie Hebammen erfolgreich zusammenarbeiten. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und die Zahl der Eltern-Kind-Zentren in den beiden nächs-ten Haushaltsjahren um jeweils zwei neue Standorte aufstocken. Diese Vorge-hensweise soll auch sicherstellen, bei der Vergabe von Krippenplätzen gerade auch Kinder zu berücksichtigen, bei denen die größten Wirkungen im Sinne posi-

tiver Entwicklungsveränderungen erreicht werden können. Es ist Ziel, sowohl die Förderung des Kindes gezielt anzugehen, als auch die Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken.

### **Fortsetzung des Ausbaus des Betreuungsangebots**

Leitlinie für den Ausbau des Angebots an Krippen und Tagespflegeplätzen ist nicht nur die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, sondern vor allem auch die gezielte frühzeitige Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien. Wir halten an der Zielsetzung fest, bis 2013 die 35%ige Versorgungsquote zu erreichen. Das bedeutet entsprechend unserer Planung für das Kindergartenjahr 2010/2011 zusätzlich 180 Plätze und für das Kindergartenjahr 2011/2012 zusätzlich 230 weitere Plätze. Anschließend werden wir für die beiden darauffolgenden Kindergartenjahre noch einmal zusätzlich 610 Plätze schaffen müssen, um die 35%-Quote zu erreichen. Die 410 neuen Krippenplätze für die beiden kommenden Kindergartenjahre sind angesichts des durch die Finanzkrise geprägten Doppelhaushaltes ein hoch gestecktes Ziel, bei dem eine angemessene Unterstützung von Bund und Land fehlt.

Die große finanzielle Herausforderung liegt in den stark anwachsenden Betriebskosten. Bei hälftiger Gestaltung des Krippenausbaus durch Stadt und freie Träger kann als ungefähre Faustregel gesagt werden, dass ca. 3,50 Euro Investitionen 1 Euro Folgekosten im Verwaltungshaushalt bedeuten. Bei dem rasanten Ausbau, der bei einer 35%-igen Versorgungsquote noch nicht abgeschlossen sein wird, werden also gewaltige Summen für zukünftige Haushalte gebunden. Schon heute belaufen sich die Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt für den Bereich Tageseinrichtungen für Kinder auf über 70 Millionen Euro, ungefähr die Hälfte davon ist für die städtischen Personalkosten aufzuwenden, die andere Hälfte für den sonstigen Betriebsaufwand städtischer Einrichtungen und für die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger. Die Steigerungsraten beim Unterabschnitt „Tageseinrichtungen für Kinder“ liegen bei über 7% jährlich. Wir handeln in der Überzeugung, dass dieses Geld für eine gute Zukunft dieser Stadt unverzichtbar ist.

Gute Bildung von Anfang an bedeutet aber auch, die Angebote mit einer entsprechenden Qualität vorzuhalten. In Baden Württemberg wurde mit dem Orientierungsplan ein guter Akzent gesetzt. Die Bemühungen erscheinen mir aber nur halbherzig. Zum einen ist der Bereich der unter Dreijährigen außen vor gelassen, obwohl entscheidende Phasen der Bildungsentwicklung vor allem schon mit 18 Monaten festzustellen sind. Zum anderen hat das Land darauf verzichtet, den Orientierungsplan für verbindlich zu erklären und damit auch zu finanzieren.

Im städtischen Haushaltsentwurf hatten wir zunächst die bisher verausgabten Mittel zur Qualifizierung der Arbeit in den Tageseinrichtungen in Höhe von 835.000 Euro auf die Sprachförderung konzentriert. Den auf Landesebene gefundenen Kompromiss haben wir dann in seinen Konsequenzen für Mannheim berechnet und im Doppelhaushalt abgebildet. Festhalten will ich an dieser Stelle, dass die Personalaufstockung von letztlich 0,3 Vollzeitstellen in der Regelkindergartengruppe und weiteren 0,2 Vollzeitstellen in den Gruppen mit verlängerter Öffnungszeit – wie im Kompromiss vereinbart – nicht im Gesamtangebot „verschwinden“ darf. Ich halte es für notwendig, dass die Träger der Einrichtungen sich gemeinsam darauf verständigen, mit welchen Strukturen sie diese Ressourcen zur Qualitätsverbesserung in Mannheim einsetzen wollen. Gemeinsames Ziel ist es, verbesserte Ergebnisse bei der Einschulungsuntersuchung zu erzielen und insbesondere auch bei den sprachlichen Fähigkeiten sicherzustellen, dass jedes Kind bei Schuleintritt in der Lage ist, dem Schulunterricht zu folgen. Angesichts der bisher vorliegenden Ergebnisse haben wir hier noch einiges aufzuholen. Alle Träger werden sich jedenfalls an den Feststellungen der Einschulungsuntersuchung messen lassen müssen. Mit Blick auf diese Erhebungen und Feststellungen wird zu prüfen sein, ob sich die Investitionen in „frühe Hilfen“ und in die Qualität der Betreuungsangebote gelohnt haben, d.h. ob die gesteckten Ziele erreicht werden konnten und die Mittel richtig eingesetzt und die verfolgten Maßnahmen richtig umgesetzt worden sind.

Eine schwierige und den Gemeinderat ebenfalls herausfordernde Frage wird die Gestaltung der Kindertagesstätten-Gebühren sein. Hier müssen wir zunächst einmal nüchtern feststellen, dass die überaus günstigen Gebühren für die städtischen Angebote im Kindergartenbereich 70% der Eltern und im Krippenbereich

50% der Eltern überhaupt nicht erreichen. Sie zahlen bei Kirchen und freien Trägern deutlich höhere Gebühren. Dabei sind auf Basis der unterschiedlichen Gebührengestaltung keine Effekte feststellbar. Erkennbar werden die Kindertagesstätten nach Nähe und überzeugender pädagogischer Konzeption ausgewählt. Für ca. 20% der Kinder übernimmt die Stadt Mannheim im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe die Kindertagesstättengebühren unmittelbar. Darüber hinaus findet eine Differenzierung des Kostendeckungsbeitrages danach, ob das Angebot aus unserer Sicht pädagogisch geboten oder vor allen Dingen unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgehalten wird, nicht statt. Als gesellschaftspolitisches Signal sind niedrige Kindertagesstättengebühren natürlich wünschenswert. Ein tatsächlicher Effekt in gesellschaftspolitischer oder in bildungspolitischer Hinsicht ist jedoch nicht feststellbar. Die Verwaltung schlägt vor diesem Hintergrund aus Gründen der Haushaltssicherung vor, die Kindertagesstättengebühren grundsätzlich auf das vom Städtetag empfohlene Maß der Gebührendeckung durch Eltern in Höhe von 20% anzuheben und sie damit an das in Mannheim geltende Gebührenniveau der Freien Träger, insbesondere der Kirchen anzupassen. Zudem ist beabsichtigt, im Rahmen der Gebührengestaltung eine erhöhte Kostendeckung für die pädagogisch nicht erforderlichen Angebote zu erzielen. Auch der Zuschussbedarf für den Betreuungsgutschein soll bis 2013 deutlich gemindert und der Betreuungsgutschein umgestaltet werden. Der – im Betrag erhöhte – Betreuungsgutschein könnte z.B. nur noch für das letzte Kindergartenjahr gelten. Voraussetzung für die Gewährung könnte der Kindergartenbesuch in den ersten beiden Jahren sein. So könnte ein möglicherweise zukünftiges verpflichtendes letztes Kindergartenjahr vorbereitet und zugleich ein Impuls zum Besuch des Kindergartens von Anfang gesetzt werden. Eine Vorlage hierzu ist in Vorbereitung.

### **Schulen und Tagesstätten neu denken**

Bildung und Erziehung gehören zusammen. Die herkömmlich getrennten Bereiche und Strukturen von Bildung und Erziehung sind aufzuheben und eine Gemeinsamkeit zu finden, die auf die ganzheitlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen eingehen. Mit der Neugestaltung des Dezernats Bildung, Jugend, Gesundheit und Sport haben wir hier einen wichtigen Grundstein gelegt. Es geht



nun darum, auch geistig aus den überkommenen Strukturen heraus zu kommen. Es geht um eine gemeinsame öffentliche Verantwortung, in die ich auch andere gesellschaftliche Kräfte wie vor allen Dingen die Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe einschließe.

Schulen wie Tagesstätten sind wichtige und zentrale Partner zur Erreichung des Bildungserfolgs. Insbesondere Schulen müssen dabei ihre primäre Verantwortung für den Bildungserfolg der ihnen anvertrauten Kinder erkennen und wahrnehmen. Wir richten diese Erwartung an sie und wir bieten im Gegenzug vielfältige Unterstützung. Ich stelle mir vor, dass wir mit Schulen eine Art Vertrag schließen über gemeinsame Ziele, unsere Unterstützung und den Beitrag der Schule. Dabei wissen wir, dass Erziehung und Bildung untrennbar sind und Lernen und Leben nicht getrennt werden können. Dem muss sich Schule wie auch Tageseinrichtung stellen. Sie sind Lebensorte.

Mit der Grundidee der Vernetzung am Lebensort Tageseinrichtung und Schule verknüpfe ich auch die Idee einer konsequenten Biografiebegleitung durch Bildung und Erziehung in öffentlicher Verantwortung. Die öffentliche Verantwortung muss sich wesentlich auf Kinder sozial benachteiligter und bildungsferner Familien konzentrieren. Dabei kommt einem guten Übergang vom Kindergarten zur Grundschule große Bedeutung zu.

Chancengerechtigkeit und Qualität in unserer Schullandschaft deutlich stärker mitzugestalten stellt uns vor Herausforderungen, die wir annehmen. Wir werden unsere eigene Kompetenz als Partner und Entwickler der Schullandschaft in den nächsten zwei bis drei Jahren erheblich steigern.

Insbesondere 2010 wird geprägt sein von neuen, in den letzten Monaten und Wochen dafür entwickelten Projekten und Initiativen. Dazu gehören überregional beachtete Förderinitiativen wie das „Mannheimer Unterstützungssystem Schule“, das ab Herbst 2010 in die zweite Runde geht, und der in Zusammenarbeit mit der Freudenberg-Stiftung rund um die Humboldt-Grundschule entstehende, auf zehn Jahre vereinbarte „Quadratkilometer Bildung“. Die Erfahrungen mit dem sozial-

räumlich orientierten Förderansatz sollen sukzessive auf weitere Stadtteile übertragen werden.

Die Projekte sind ausgerichtet an messbaren Ergebnissen wie dem verbessertem Übergang auf eine weiterführende Schule, dem Vermeiden von Klassenwiederholungen und dem Erreichen eines bestmöglichen Schulabschlusses. Sie liefern eine Bestätigung dafür, wie sehr kommunale Beiträge Schulen in ihrer Arbeit unterstützen können, Schülerinnen und Schülern zu Bildungserfolgen zu verhelfen.

Hinzu kommt die Teilnahme am Landesprogramm Bildungsregionen. Auch dieses basiert auf der Erkenntnis, dass die Schule des 21. Jahrhunderts die an sie gerichteten Anforderungen nicht mehr alleine bewältigen kann. Es braucht Unterstützung aus der Kommune, eine bessere Verankerung im Stadtteil und ein tragfähiges Kooperationsnetzwerk unterschiedlicher kommunaler Akteure, beginnend im Bereich der Kunst und Kultur, der Jugendarbeit, der Sportvereine oder der Wirtschaft. Wir werden über das „Landesprogramm Bildungsregionen“ in den kommenden drei Jahren die unterschiedlichen Beziehungen um die Schulen herum systematischer verknüpfen und an anderer Stelle fehlende Netzwerke aufbauen, um eine effektivere und breitere Unterstützungsgemeinschaft zu etablieren.

Ein erster Kommunalen Bildungsbericht wird aufzeigen, wo die unterschiedlichen Stärken und die Herausforderungen im kommunalen Bildungsbereich liegen. Mit diesem zyklisch angelegten Berichtswesen sollen positive Entwicklungen erkannt und die Wirkung einzelner politischer Entscheidungen überprüft werden. Der Aufbau eines solchen Kommunalen Bildungsmonitorings wird durch die Teilnahme der Stadt Mannheim am Programm „Lernen vor Ort“ gefördert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wählte, in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsverbund, Mannheim unter 220 Projektanträgen aus. Aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds werden in den nächsten drei Jahren knapp eine Million Euro nach Mannheim fließen.

Mit der Teilnahme als bundesweite Referenzkommune bekräftigen wir den Anspruch auf ein zeitgemäßes und innovatives Bildungsverständnis unserer Stadt.

Eine jährliche Bildungskonferenz soll jeweils einen themenspezifischen Zwischenstand liefern. Ein Bildungsbeirat, besetzt mit Expertinnen und Experten sowie Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, soll hierbei wegweisende Themen auf kommunaler Ebene erörtern.

### **Ganztagsschule als Schulform der Zukunft**

Der Ausbau von Ganztagschulen ist ein mehrjähriges Schulentwicklungsvorhaben. Ziel ist es, für die Hälfte aller Mannheimer Schülerinnen und Schüler verbessertes Lernen in einer Ganztagschulumgebung zu ermöglichen. Besonders erfreulich ist es, dass in Mannheim die Schulform nun auch vermehrt von Seiten der Schulen und der Elternschaft angestrebt wird. In den vergangenen Jahren hat sich aber auch gezeigt, dass die Zeitabläufe bis zum Ausbau und die erforderlichen baulichen Investitionen deutlich aufwändiger sind als ursprünglich erwartet. Die bauliche Umsetzung des gesamten Ausbauprogramms macht nach heutiger Schätzung Investitionen in Höhe von 70 Millionen Euro erforderlich, die aufgrund der angespannten Haushaltslage realistisch nicht in den nächsten sechs Jahren bewältigt werden können. Vor diesem Hintergrund erhalten zunächst die Schulen Priorität, die einen gebundenen und rhythmisierten Ganztagschulalltag anbieten werden, und damit die eigentliche, zentrale Zielsetzung der Ganztagschule realisieren. Offene Ganztagschulen werden zunächst nicht mehr verfolgt.

Binnen der letzten zwei Jahre haben die Uhland-Hauptschule, die Johannes-Kepler-Grundschule und das Peter-Petersen-Gymnasium den Ganztagschulbetrieb aufgenommen. Für die Vogelstang-Grundschule beginnt in diesem Jahr der Neubau, mit dessen Fertigstellung im Schuljahr 2012/13 der Ganztagschulbetrieb beginnen soll. Die Bauinvestitionen für das Ganztagschulangebot an der Uhland-Haupt- und -Grundschule sind im Haushaltsentwurf aufgenommen. Im Anschluss daran soll die Bertha-Hirsch-Grundschule für einen Ganztagschulbetrieb ausgerichtet werden. Eine Beschleunigung von der Einrichtung Ganztagschulen, auch im Grundschulbereich, kann es auch durch die Umstrukturierung der Hauptschullandschaft geben.

Inhaltlich verbunden mit dem Ausbau von Ganztagschulen ist die Erweiterung der Schulsozialarbeit. Der Gemeinderat hat in den letzten Etatberatungen die Verwaltung mit der Erstellung einer Konzeption zur Ausweitung der Schulsozialarbeit beauftragt und dafür einen Betrag von 125.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt, der zur Einrichtung von Schulsozialarbeit an Ganztagschulen vorgesehen ist. Als ein Teil des Gesamtkonzepts der Schulsozialarbeit wird die Stelle des Schülerreferenten beim BDKJ Mannheim zum 01.01.2010 wieder eingerichtet. Programmatischer Schwerpunkt des Schülerreferats ist die Arbeit mit Gymnasien. Die Stadt Mannheim beteiligt sich mit einem jährlichen Festbetragszuschuss von 55.000 Euro, der künftig sein Angebot auch für Realschulen verfügbar macht.

### **Schulkindbetreuung und Werkrealschulen**

Große Herausforderungen für die Politik aber auch Chancen, unsere Ressourcen zu konzentrieren und letztendlich damit für mehr Kinder ein zum Erfolg führendes Bildungsangebot zu unterbreiten, ergeben sich in den Diskussionen um Werkrealschule und Horte.

In beiden Diskussionen müssen wir uns folgende Fragen stellen:

- Ist das, was wir anbieten, nachhaltig, das heißt, ist dies ein Angebot, das wir in dieser Art allen Jugendlichen und Eltern, die es benötigen, unterbreiten können?
- Können wir die evtl. zu gewinnenden Ressourcen für prioritäre bildungspolitische Ziele effektiver einsetzen?

Wenn wir die erste Frage mit nein und die zweite Frage mit ja beantworten, sind wir zum Handeln verpflichtet. Unsere Debatten werden bislang fast ausschließlich vom Status Quo bestimmt. Politisch durchsetzbar ist meist nur, was den Status Quo für alle erhält und über zusätzliche Ressourcen etwas Neues schafft. Es reichen unsere zusätzlichen Ressourcen, die wir einsetzen, aber nicht mehr aus, um unsere eigenen und die von der Öffentlichkeit erwarteten Ziele im erforderlichen Umfang zu erreichen – sei es Krippenausbau, Ganztagschule oder die Erhöhung der Bildungschancen durch mehr qualifizierte, Perspektiven eröffnende Schulab-

schlüsse. Da wir in diesen Diskussionen schnell mit moralischen Kategorien konfrontiert werden, will ich durchaus ethisch argumentieren: Es ist unsere Pflicht, eine zukünftige Struktur zu beschreiben, die mit realistischem Blick flächendeckend machbar erscheint und insgesamt für die benachteiligten bzw. schwächeren Schülerinnen und Schüler deutlich bessere Perspektiven bietet. Das kann bedeuten, dass sich im Einzelfall eine neue Struktur auch als Verschlechterung darstellen kann.

Ist die Ganztagschule vor allem auf die Verbesserung des Bildungserfolgs gerichtet, verweist die Hortnachfrage eindeutig auf das elementare Bedürfnis vieler Eltern, Familie und Beruf in einem verlässlichen Rahmen vereinen zu können. Die Stadt investiert seit vielen Jahren erfolgreich in die Erweiterung des entsprechenden Angebots. So konnten allein im vergangenen Jahr 25 Hortgruppen bedarfsgerecht zusätzlich eingerichtet werden. Eine weitere dritte Angebotsform ist damit auf Dauer weder bildungspolitisch noch familienpolitisch erforderlich und gerechtfertigt.

Ähnliches gilt für das Thema Werkrealschulentwicklung. Aktuell werden acht ehemalige Hauptschulen als neue Werkrealschulen im kommenden Schuljahr 2010/11 in Mannheim starten. 2010 sollen sich in einem zweiten Schritt durch Fusionen von Schulen alle verbliebenen Hauptschulen zu weiteren Werkrealschulen entwickeln. Stark rückläufige Schülerzahlen im Hauptschulbereich erfordern eine Konzentration auf deutlich weniger Standorte als die bisherigen 20 Schulen. Für jeden Schulstandort, der nicht zur Werkrealschule werden kann, ist eine alternative Nutzungsperspektive zu entwickeln. Da für Mannheim die Werkrealschulen eine Aufgabe zur Qualifizierung und Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit haben, liegt unsere Zielsetzung darin, die verbleibenden entwicklungsfähigen Standorte qualitativ zu stärken – durch den Ausbau zu Ganztagschulen und durch kommunale Unterstützung der pädagogischen Arbeit.

Das Thema Hauptschul-/Werkrealschulentwicklung bildet nur ein Kapitel einer zukunftsgerichteten kommunalen Schulentwicklung. Wir stehen an einem Wendepunkt im Schulwahlverhalten, der verstärkt wird durch einen bereits spürbaren Rückgang der Schülerzahlen und einen sich dynamisch wandelnden Ausbil-

dungs- und Arbeitsmarkt. Hierbei gilt es, die Qualität, aber auch die Nachhaltigkeit der Investitionen zu sichern.

### **Investitionsschwerpunkt Schulbau**

In den vergangenen zwei Doppelhaushalten sind wir mit einer Gesamtsumme von etwa 100 Millionen Euro bei der Sanierung von Schulen ein gutes Stück vorangekommen, haben aber angesichts des über mehrere Jahrzehnte aufgelaufenen Sanierungsstaus noch eine gewaltige Strecke vor uns. Schulbauten werden weiterhin einen Schwerpunkt bilden und angesichts der erforderlichen Größenordnungen eine besondere Herausforderung darstellen. So werden von 2010 bis 2013 nahezu 87 Millionen Euro in Gebäude investiert.

Durch das Konjunkturprogramm II haben wir eine starke Unterstützung erfahren. 2009 und 2010 können wir mit Hilfe des Bundes 14,2 Millionen Euro einsetzen. 24 Bauten können aus Mitteln des Konjunkturprogramms gefördert werden.

Im zurückliegenden Doppelhaushalt konnten die Sanierung der Eugen-Neter-Schule, der Neubau der Käthe-Kollwitz-Schule mit Kinderhaus, die Generalinstandsetzung am Liselotte-Gymnasium, die Sanierung der Kerschensteiner-Hauptschule sowie die Turnhallen an der Johann-Peter-Hebel-Schule, im Jungbusch und an der Wilhelm-Wundt-Schule abgeschlossen werden.

Die Generalsanierung der Haupt- und Realschule Seckenheim und die Generalsanierung der IGMH werden im Zeitraum des kommenden Haushaltes ihren Abschluss finden. Für den dritten Abschnitt der Rochade Schönau, die Sanierung des Peter-Petersen-Gymnasiums, liegen nunmehr konkrete Planungen vor. Wir können im Frühjahr 2010 den Einstieg in die bauliche Maßnahme beschließen.

Weitere Maßnahmen, die sich über den kommenden Haushalt ziehen und die dem weiteren Ausbau von Ganztagschulen in Mannheim dienen, sind der Neubau der Vogelstang-Grundschule sowie die Erweiterung der Uhland-Schulen. Das gilt auch für Schulbausanierungen wie die des Karl-Friedrich-Gymnasiums, der Sandhofenschule und der Käfertalschule.

## **Neue Wege im Schulbau und -unterhalt**

Mittlerweile sind 27 Schulen auf die BBS übertragen worden. Ziel ist, über dieses Bewirtschaftungsmodell keinen neuen Sanierungsstau entstehen zu lassen und in den nächsten Jahren konsequent nach und nach alle Schulen in dieses Modell zu überführen. Unter wirtschaftlichen Aspekten und unter dem Aspekt der Investitionssteuerung wollen wir diesen Prozess beschleunigen.

## **VIII. Zu den stadtkulturell geprägten und wahrgenommenen Städten gehören**

Die kulturpolitische Aufgabenstellung lautet – neben der Umsetzung der erwähnten Projekte „Kulturhauptstadt“ und „Kreativwirtschaft“ –:

- die großen Kulturinstitutionen sichern,
- den sich dynamisch entwickelnden Festivals eine Perspektive erhalten
- und die so genannte „Freien Szene“ schrittweise stärken.

Leider kann dies vor dem Hintergrund der Haushaltsentwicklung nicht in dem Umfang wie ursprünglich vorgesehen vollzogen werden. Die Vorgaben aus dem Haushaltsstrukturprogramm sind so bemessen, dass in den großen Institutionen aus unserer Sicht keine strukturellen Einschnitte vorgenommen werden müssen. Zur Stabilisierung der Festivals kann in diesem Doppelhaushalt nur ein kleiner Ansatz vorgesehen werden. Eine Akzentsetzung erfährt die Unterstützung der „Freien Szene“ in Bildender und Darstellender Kunst. Im Haushaltsansatz können die Themen Kommunale Galerie, Ateliers, Fortsetzung artscout sowie die Absicherung von „Schwindelfrei“ und ein erheblicher Beitrag zur Sicherung der Arbeit von „Zeitraum Exit“ dargestellt werden.

Die Sanierung des Altbaus der Kunsthalle ist im Doppelhaushalt mit 1,8 (2010) und 8,1 (2011) Millionen Euro abgebildet. Die Restfinanzierung erfolgt in 2012 mit 2,1 Millionen Euro. Die Planungsgrundlagen für eine Entscheidung über das weitere Vorgehen sollen ebenfalls bis 2013 geschaffen werden. Für die unabwendbaren Sanierungsmaßnahmen des Nationaltheaters sind für die kommenden vier

Jahre 300.000 Euro (2010), 2 Millionen Euro (2011) und jeweils 1,5 Millionen Euro in 2012 und 2013 vorgesehen.

## **IX. Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen**

Die kulturelle und religiöse Vielfalt ist ein Charakteristikum unserer Stadtgesellschaft. Unsere Zukunftsfähigkeit hängt ab von einer erfolgreichen Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt. Wesentlicher Gradmesser für ein gelingendes Miteinander ist dabei das Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Gesellschaft und auch das gemeinsam geteilte Verständnis einer Stadtgesellschaft. Zugehörigkeit erzeugt und fördert gesellschaftliche Verantwortung.

Eine wesentliche Voraussetzung, sich zugehörig fühlen zu können, ist die Schaffung und Erhaltung gleichberechtigter Teilhabemöglichkeiten am gesamtgesellschaftlichen Leben. Dabei kann eine rein auf Förderung und Unterstützung ausgerichtete Integrationspolitik nur eine begrenzte Wirkung entfalten. Wir brauchen die interkulturelle Öffnung der Institutionen und die Schaffung verbesserter Möglichkeiten für eine Mitgestaltung.

In einer Stadtgesellschaft mit einer wachsenden Zahl an muslimischen Kindern beschreibt der Antrag auf Einrichtung eines Kindergartens in muslimischer Trägerschaft eine Erwartung an Teilhabe und Mitgestaltung. Er ist weder rechtlich noch konzeptionell zurückzuweisen. Wir müssen dieses Projekt gemeinsam produktiv im Sinne unseres gemeinsam verabschiedeten Integrationsbegriffs gestalten. Wir wären nicht nur wenig glaubwürdig, sondern im Ergebnis auch als Stadtgesellschaft nicht erfolgreich, wenn wir an dieser Stelle nicht bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu teilen. Es ist beabsichtigt, das Thema im Februar in den Fachausschuss einzubringen. An diesem Beispiel wird deutlich, dass aus Heterogenität Erwartungen und auch berechtigte Forderungen an die Aufnahme-gesellschaft erwachsen. Wir haben diese Erwartungen auf Basis uns gemeinsam verpflichtender Werte ernst zu nehmen – wenn wir eine Stadtgesellschaft sein wollen.



Mannheim hat sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige ausgesprochen. Wir sehen aber auch beim bestehenden Wahlrecht für EU-Angehörige, dass dies für die Teilnahme am politischen Prozess nicht ausreicht. Auch die Einrichtung des Migrationsbeirates vor zehn Jahren war ein richtiger und wichtiger Schritt. Die Erfahrungen nach zwei Amtsperioden machten aber deutlich, dass mit dem angewandten Verfahren keine kontinuierliche und in die Breite der Migrantengruppen und die Öffentlichkeit strahlende Wahrnehmung und Aktivierung erreicht werden konnte.

Mit der jetzt vom Gemeinderat beschlossenen Neukonstituierung des Migrationsbeirates über ein Berufungsverfahren sind die Weichen gestellt worden, sowohl für eine strukturelle Einbindung des zukünftigen Migrationsbeirates in die gemeinderätlichen Fachausschüsse als auch für eine breitere und dauerhafte Beteiligung seitens der verschiedenen Migrantengruppen. Die Entscheidung, zukünftig Migrationsbeiräte mit entsprechender Expertise als sachkundige Einwohner in die jeweiligen Fachausschüsse zu berufen, findet seitens der Migrantinnen und Migranten große Zustimmung – übrigens auch bei den Kritikern des Berufungsverfahrens. Die Arbeit des Migrationsbeirates wird künftig unterstützt durch die Einrichtung einer halben Stelle für die Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Der zu Beginn dieses Jahres eingeleitete schrittweise Aufbau eines Migrationsforums ist der Versuch, eine dauerhafte, nationalitätenübergreifende Interessensplattform der Mannheimer Migrantenorganisationen und -gruppen zu etablieren. In weit über siebenzig Vereinen, Organisationen und Religionsgemeinden entfalten die unterschiedlichen Migrantengruppen eine Vielfalt an Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Soziales, Religion, Bildung und Sport. Die hier geleistete Arbeit ist ein Teil des für unsere Stadt unverzichtbaren bürgerschaftlichen Engagements, das jedoch weitgehend außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung erfolgt und damit keine entsprechende Wertschätzung erfährt. Mein Anliegen ist es, dass das von den Migrantinnen und Migranten geleistete Bürgerengagement eine größere öffentliche Aufmerksamkeit und Würdigung erhält und ich habe deshalb die „bunte Stadt“ zum Thema des kommenden Neujahrsempfangs gewählt. Hier werden

sich eine Reihe von Migrantenorganisationen und interkulturelle Einrichtungen präsentieren.

### **Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf : Inklusion – Normal ist die Vielfalt**

Auch Menschen mit Behinderung fordern berechtigt unter dem Schlagwort „Inklusion“ ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. „Inklusion“ ist deshalb eine Abkehr von der bisherigen Behindertenpolitik. Wir unterstützen dies mit der Strategie zum Ausbau ambulanter Hilfen.

Auch im Bereich der Hilfen für alte Menschen muss im Vordergrund stehen, dass wir konsequent Netzwerke ausbauen und unterstützen, die es ermöglichen, so lange es geht in gewohntem Umfeld wohnen zu bleiben. Deshalb wollen wir eine Verbindung herstellen zwischen dem wachsenden Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen für ältere Menschen und der Beschäftigung von arbeitslosen Menschen. Dieser Ausbau der Hilfen im Haushalt zu Lasten stationärer Pflege wird in den kommenden Jahren Priorität haben. Das Projekt der Wohnbetreuer bei der GBG hat hierbei Modellcharakter.

## **X. Dank**

Eine Etatrede ist Gelegenheit, zu vielen Bereichen Aussagen zu treffen, ich habe mich allein auf diejenigen konzentriert, in denen signifikant Neues ansteht bzw. Entscheidungen zu treffen sind. Und selbst dies war nicht vollständig. Dies ändert nichts an dem wichtigen Stellenwert, den auch alle heute nicht erwähnten Bereiche einnehmen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für Ihren Einsatz für unsere Stadt zu bedanken.

Für die inhaltliche Vorarbeit und die Erarbeitung des notwendigen Strukturprogramms sei den damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt.

Für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes danke ich der Kollegin und den Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Specht, den Bürgermeistern Quast, Grötsch und Warminski-Leitheußer, den Dezernatsbüros und den Fachbereichsleitungen. Ein besonderer Dank geht an Kämmereidirektor Peter Schill, für den es der letzte Haushalt vor seinem Ruhestand sein wird, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dank schulde ich nicht zuletzt meinen unmittelbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Vorbereitung des Etats und der Etatrede intensiv gefordert waren: Siegfried Raatz, Herbert Bangert, Michaela Dewald und Sabina Scipio.

Der Haushaltsentwurf stellt trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen und entsprechender Risiken eine tragfähige Grundlage für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer Stadt in den nächsten Jahren dar. Enorm vieles kann nach vorne bewegt werden. Dort, wo wir zu Strukturveränderungen gezwungen sind, nutzen wir dies soweit als möglich zu neuen Akzentsetzungen.

Der Entwurf ist die Basis für die anstehenden Beratungen der Fraktionen und Haushaltsberatungen durch den Gemeinderat. Ich wünsche uns gemeinsam Entscheidungskraft, Kreativität und Sachbezogenheit für diese Beratungen.